



# **Jahrespressekonferenz 2011**

## **Zukunftsfähigkeit der Hauptstadtregion sichern**

Berlin, den 21. März 2011

## Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| I. Aktuelle Lage  |    |
| 1. Rückblick 2010   | 4  |
| 1.1. Wirtschaftliche Erholung setzt sich fort                                   | 4  |
| 1.2. Kompetenzfelder als Wachstumstreiber                                       | 6  |
| 1.3. Positive Entwicklung der Industrie im Jahr 2010                            | 6  |
| 1.4. Tourismus in Berlin – weiter auf Wachstumskurs                             | 11 |
| 1.5. Gesundheitswirtschaft: Chancen nutzen – Strukturen ändern                  | 12 |
| 2. Aktuelle Branchenumfrage der UVB – wirtschaftliche Erholung setzt sich fort  | 14 |
| 2.1. Erholung bei den Auftragseingängen   | 14 |
| 2.2. Zuversicht bei den Umsatzerlösen im Jahr 2011                              | 14 |
| 2.3. Gute Perspektiven für mehr Kapazitätsauslastung                            | 14 |
| 2.4. Beschäftigungsentwicklung ist noch unterschiedlich                         | 14 |
| 2.5. Umsetzung der Investitionsplanungen möglich                                | 15 |
| 2.6. Fazit: Die Wirtschaft blickt mit Zuversicht nach vorne!                    | 15 |
| 3. Eine starke industrielle Basis schafft Wachstum und Arbeitsplätze            | 17 |
| 4. Beschäftigung und Ausbildung in Berlin und Brandenburg                       | 23 |
| 4.1. Die Beschäftigungsentwicklung in der Region                                | 23 |
| 4.2. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt  | 25 |
| 4.3. Ergebnisse der Branchenumfrage der UVB – Fachkräftesicherung im Fokus      | 26 |
| II. Langfristige Weichenstellungen vornehmen                                    |    |
| 5. Wachsenden Fachkräftebedarf langfristig decken                               | 30 |
| 5.1. Qualität der Schulbildung verbessern                                       | 30 |
| 5.2. Berufs- und Studienorientierung stärken, Schwerpunkt auf MINT legen        | 31 |
| 5.3. Ausbildungsverbünde stärken  | 32 |
| 5.4. Aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben und Arbeitgeberservice neu ausrichten | 32 |
| 5.5. Demografieaktive Personalpolitik   | 33 |
| 6. Chancen der Infrastruktur nutzen   | 34 |
| 6.1. Flughafen Berlin Brandenburg planmäßig starten                             | 34 |
| 6.2. Ausbau der Bundesautobahn A100   | 37 |
| 6.3. In Binnenwasserstraßen investieren   | 37 |
| 6.4. Kommunale Infrastruktur preisgünstig und wettbewerbsfähig anbieten         | 38 |
| 7. Energieversorgung langfristig sichern  | 41 |
| 8. Finanziellen Handlungsspielraum sicherstellen                                | 43 |
| 8.1. Haushaltssituation in Berlin: Nettoneuverschuldung zurückführen            | 43 |
| 8.2. Haushaltsplan Brandenburg - Neuverschuldung zurückführen                   | 44 |
| 8.3. Europäische Strukturfonds wichtig für Region                               | 45 |

## Abbildungsverzeichnis

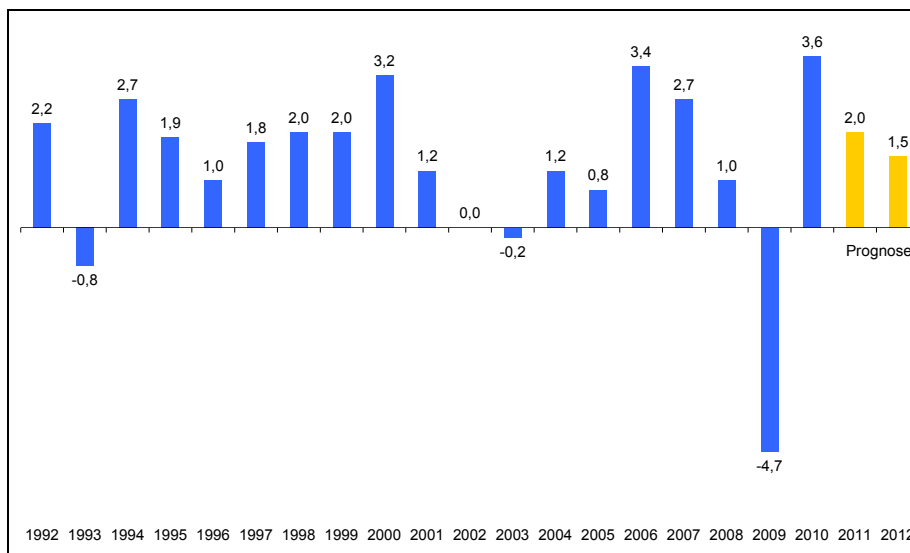
|  |    |
|--|----|
| Abbildung 1: Auf den Absturz folgte 2010 dynamisches Wirtschaftswachstum .....                                       | 4  |
| Abbildung 2: Wachstumsmotor Industrie .....  | 5  |
| Abbildung 3: Entwicklung der Industriebeschäftigung in Berlin und Brandenburg .....                                  | 5  |
| Abbildung 4: Industriebeschäftigung in Berlin und Brandenburg .....  | 7  |
| Abbildung 5: Umsatzentwicklung in Berlin nach Branchen .....   | 8  |
| Abbildung 6: Umsatzentwicklung in Brandenburg nach Branchen .....  | 9  |
| Abbildung 7: Entwicklung der Aufträge in Berlin .....  | 10 |
| Abbildung 8: Entwicklung der Aufträge in Brandenburg .....   | 10 |
| Abbildung 9: Übernachtungen in Berlin steigen kontinuierlich an .....  | 12 |
| Abbildung 10: Trends der Branchenumfrage der UVB .....   | 16 |
| Abbildung 11: Preisbereinigtes BIP nach Bundesländern erstes Halbjahr 2010.....                                      | 17 |
| Abbildung 12: Viel Industrie – wenig Arbeitslose .....   | 18 |
| Abbildung 13: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Berlin und<br>Brandenburg.....                      | 23 |
| Abbildung 14: Rückgang der Unterbeschäftigungs- und der Arbeitslosenquoten in<br>Berlin und Brandenburg .....        | 24 |
| Abbildung 15: Erwerbstätigkeit Berlin-Brandenburg .....  | 25 |
| Abbildung 16: Anteil der betrieblichen Ausbildungsplätze an allen dualen<br>Ausbildungsplätzen Berlin 2009 .....     | 25 |
| Abbildung 17: Anteil der betrieblichen Ausbildungsplätze an allen dualen<br>Ausbildungsplätzen Brandenburg 2009..... | 26 |
| Abbildung 18: Fluggastentwicklung der Berliner Flughäfen .....   | 34 |
| Abbildung 19: Prognose BBI-Passagierentwicklung .....  | 35 |
| Abbildung 20: Umsteige- und Direktverkehr in Berlin .....  | 36 |
| Abbildung 21: Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Gemeinden .....  | 36 |
| Abbildung 22: Wasserpreisvergleich in Abhängigkeit zur Trägerschaft.....   | 39 |
| Abbildung 23: Struktur der Stromerzeugung.....   | 41 |

## 1. Rückblick 2010

### 1.1. Wirtschaftliche Erholung setzt sich fort

Nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Wirtschaft in Deutschland im vergangenen Jahr ihren Erholungsprozess fortgesetzt. 2010 konnten teilweise wieder deutliche Zuwächse beispielsweise beim Export verbucht werden. Der Konjunkturverlauf gleicht einem „V“ – einem rasanten Absturz folgte eine vergleichsweise markante Aufwärtsbewegung (Abbildung 1). Auch wenn das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht wurde, so ist der Aufholprozess doch wesentlich schneller und kraftvoller als zunächst erwartet. Das Wachstum hat zwei Säulen: Ein dynamisches Exportwachstum und eine steigende Binnennachfrage. Der private Konsum wird in diesem und im nächsten Jahr um 1,4% steigen (Prognose Bundesbank). Das bedeutet, der Aufschwung kommt bei den Menschen an. Bemerkenswert ist, dass die Arbeitslosenquote weiter von 8,2% im Jahr 2009 sinken könnte. Die Deutsche Bundesbank hält einen Rückgang auf 6,9% im Jahr 2012 für möglich.

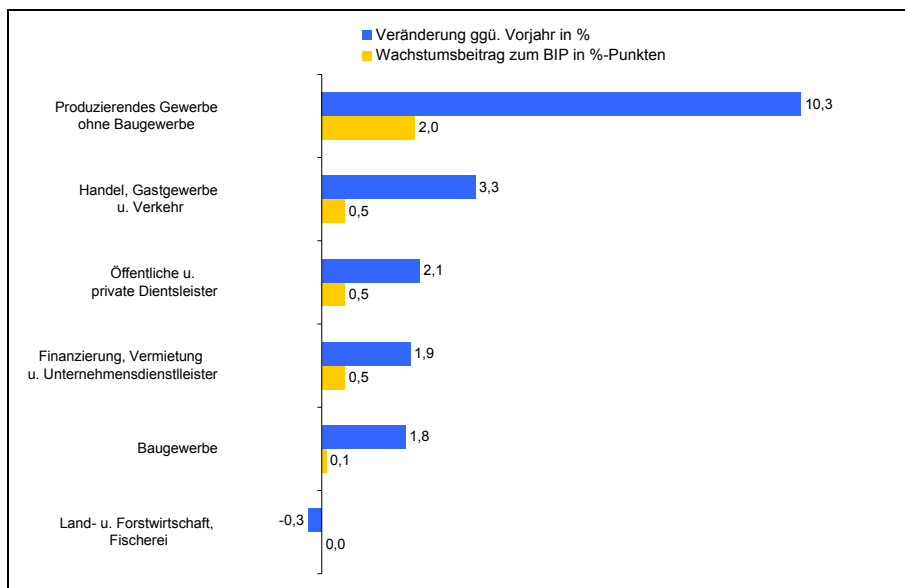
**Abbildung 1: Auf den Absturz folgte 2010 dynamisches Wirtschaftswachstum**



Quelle: DESTATIS, Prognose Bundesbank

Die Industrie ist dabei der Impulsgeber für das aktuelle Wirtschaftswachstum. Sie hatte im Jahr 2010 den höchsten Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt. Das reale BIP stieg um 3,6% – der Wachstumsbeitrag der Industrie betrug 2,0 Prozentpunkte (Abbildung 2). Das hohe Wirtschaftswachstum lässt sich aber für 2011 nicht fortschreiben, denn die Entwicklung des realen BIP geht mit reichlich Überhang in das Jahr 2011. Deshalb ist davon auszugehen, dass das Vorkrisenniveau erst Ende 2011 wieder erreicht sein wird – bei Unterschieden in und zwischen den Branchen. Für 2012 erwarten wir wieder eine „normale“ Wachstumsrate von ca. 1,5%.

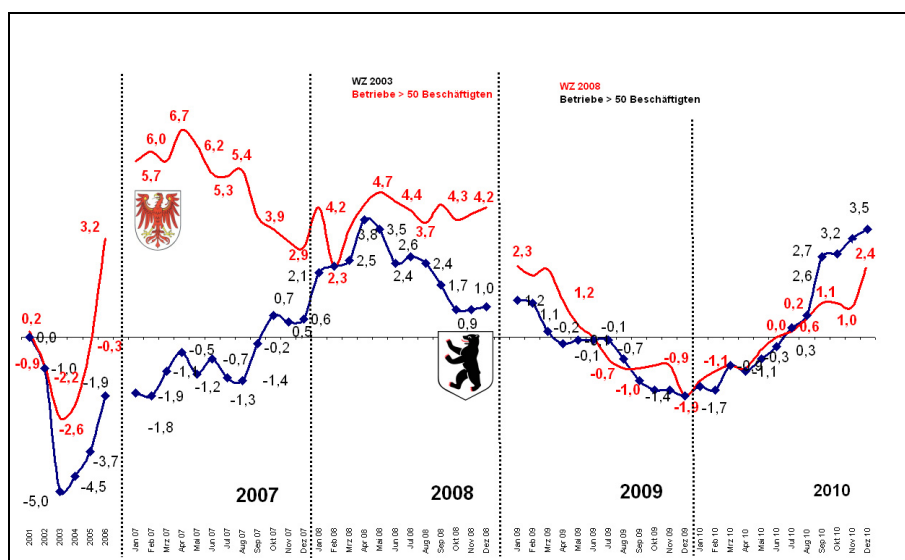
**Abbildung 2: Wachstumsmotor Industrie**



Quelle: DESTATIS

Seit Mitte 2010 befindet sich die regionale Wirtschaft in Berlin und Brandenburg ebenfalls wie die Wirtschaft bundesweit in einem Aufholprozess, der noch in vollem Gange ist. Vielen Betrieben ist es gelungen, mit großen Anstrengungen und auch mit Unterstützung der Arbeitnehmer und ihren Vertretungen sowie der Politik, den Beschäftigungsstand auf dem Vorkrisenniveau zu halten. Obwohl Ende 2010 die Auftragslage und die Umsatzentwicklung noch unter dem Vorkrisenniveau lag, stieg die Industriebeschäftigung in Berlin und Brandenburg wieder auf das Niveau von 2008 an (Abbildung 3). Eine aktuelle Umfrage der UVB zeigt, dass die meisten Branchen in der Region mit Zuversicht ins Jahr 2011 blicken.

**Abbildung 3: Entwicklung der Industriebeschäftigung in Berlin und Brandenburg**



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

## 1.2. Kompetenzfelder als Wachstumstreiber

Deutliche Wachstumsimpulse kommen aus den zukunftssträchtigen Kompetenzfeldern Medizintechnik, Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie/Medien, Verkehrssystemtechnik, Optische Technologien und Energietechnik.

Die Industrie ist die Basis für diese Wachstumsfelder. Nach einer Untersuchung der Investitionsbank Berlin sind die Berliner Kompetenzfelder auch im Vergleich zu anderen großen deutschen Städten schon seit längerem stärker gewachsen. Berlins Wachstumsdynamik beim Unternehmensbestand in den Kompetenzfeldern zwischen 2002 und 2008 übertrifft mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von 3,9% den Städtedurchschnitt um einen Prozentpunkt. Noch deutlicher fällt Berlins Vorsprung beim durchschnittlichen Umsatzanstieg in den Kompetenzfeldern aus: 8,8% in Berlin stehen lediglich 1,2% im Durchschnitt der fünf größten deutschen Städte gegenüber.

Berlin verfügt mit diesen Kompetenzfeldern über eine gute Basis für zukünftiges Wachstum. Diesen Standortvorteil muss das Land Berlin gemeinsam mit Brandenburg in der gemeinsamen Innovationsstrategie weiter vorantreiben.

## 1.3. Positive Entwicklung der Industrie im Jahr 2010

### Industrie ist das Rückgrat der regionalen Wirtschaft

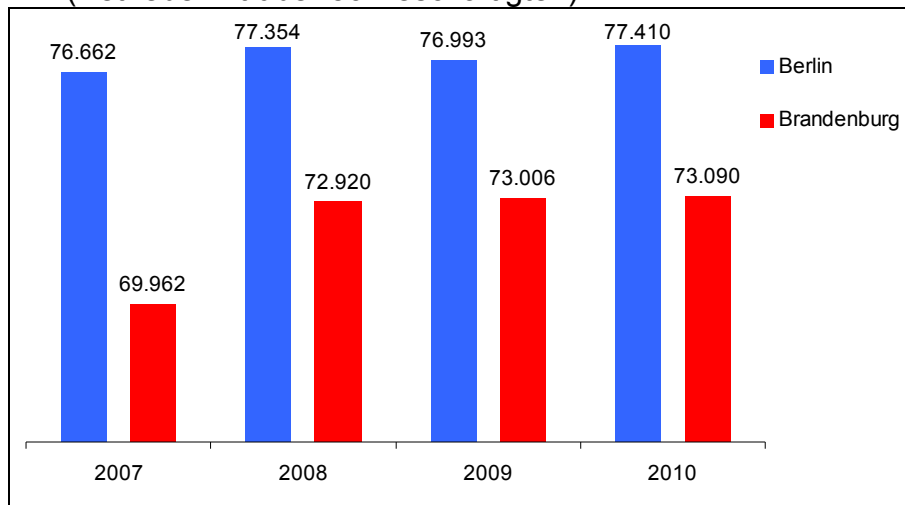
Insgesamt arbeiten in der Industrie in Berlin und Brandenburg rund 178.100 Beschäftigte in über 1.840 Betrieben. Das zeigen die Jahresdaten der Industriestatistik, in der Betriebe mit über 20 Beschäftigten ausgewiesen werden. Damit bildet die Industrie in der Region ein wichtiges Rückgrat der Berliner Wirtschaft. Industrielle Weltmarktführer und vor allem kleine und mittelständische Betriebe gehören zum Bild des Industriestandortes Berlin, ebenso wie zahlreiche „Hidden Champions“.

### Aufholprozess kommt voran

Die aktuellen Daten zur Industrie<sup>1</sup> zeigen, dass der Aufholprozess in Berlin und Brandenburg voran kommt: Im Jahr 2010 waren über 77.400 Beschäftigte in der Berliner Industrie tätig. Damit wurde die Beschäftigtenzahl aus dem Jahr 2008 (77.350) überschritten. In Brandenburg gab es im Jahr 2010 rund 73.100 Industriebeschäftigte, im Jahr 2008 waren über 72.900 (s. Abbildung 4).

<sup>1</sup> Monatliche Branchenergebnisse werden in der Industriestatistik i.d.R. nur für Betriebe mit über 50 Beschäftigten ausgewiesen.

**Abbildung 4: Industriebeschäftigung in Berlin und Brandenburg**  
(Betriebe mit über 50 Beschäftigten)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

In Berlin lagen die Umsätze in der Industrie im Jahr 2010 mit rd. 22 Mrd. Euro noch über 3% unter dem Vorkrisenniveau. Auch für die Auftragslage besteht noch Aufholbedarf. Insgesamt lag die Ordertätigkeit in Berlin noch rund 4%-Punkte unter dem Niveau von 2008. In wichtigen Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg stieg die Zahl der Beschäftigten wieder auf das Vorkrisenniveau. In Berlin blieb der Umsatz im Jahr 2010 aber noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau (-6%). In Brandenburg lag der Umsatz mit über 3% leicht über dem Niveau von 2008.

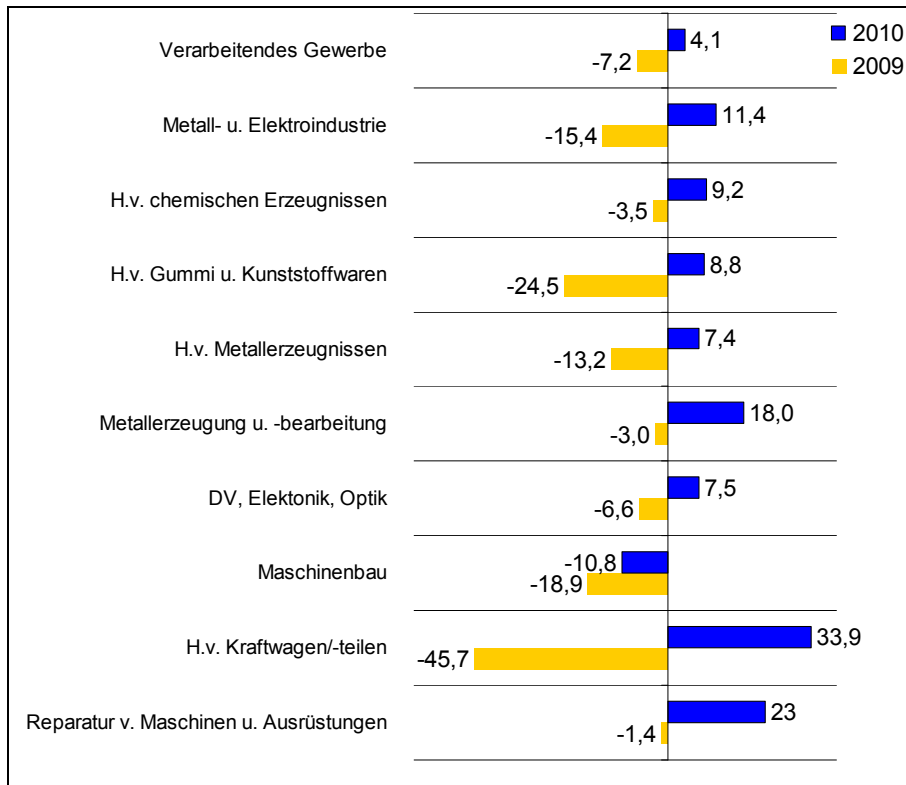
Die Daten belegen eindeutig, dass es vielen Unternehmern gelungen ist, trotz krisenbedingter Einbrüche bei den Umsätzen und Aufträgen, den Beschäftigungsstand auf Vorkrisenniveau zu halten. Das Halten der Stammebelegschaft zahlt sich jetzt aus:

- Im Jahr 2010 stiegen die Umsätze in den Berliner Industriebetrieben um insgesamt 4,1% (im Vergleich zum Vorjahr) und der Auslandsumsatz lag 6,6% über dem vergleichbaren Wert im Jahr 2009. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 0,5% (gegenüber Vorjahr).
- In Brandenburg ergibt sich ein ähnliches Bild. Im Vergleich zum Jahr 2009 erwirtschafteten die märkischen Industriebetriebe ein Umsatzzuwachs von knapp 13% (im Vergleich zum Vorjahr) und einen Auslandsumsatz, der rund 23% über dem Niveau des Vorjahres lag. Die Beschäftigung blieb dabei stabil.

### **Umsätze**

Einige Branchen in Berlin, die im Jahr 2009 teils hohe Umsatzverluste hinnehmen mussten, konnten im Laufe des Jahres 2010 wieder deutlich aufholen. Dazu gehörten in Berlin beispielsweise die Datenverarbeitung und Elektrotechnik (+7,5%), die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenkomponenten (+33,9%), Chemie (+9,2%) sowie Metallerzeugung und -bearbeitung (+18,0%); (s. Abbildung 5).

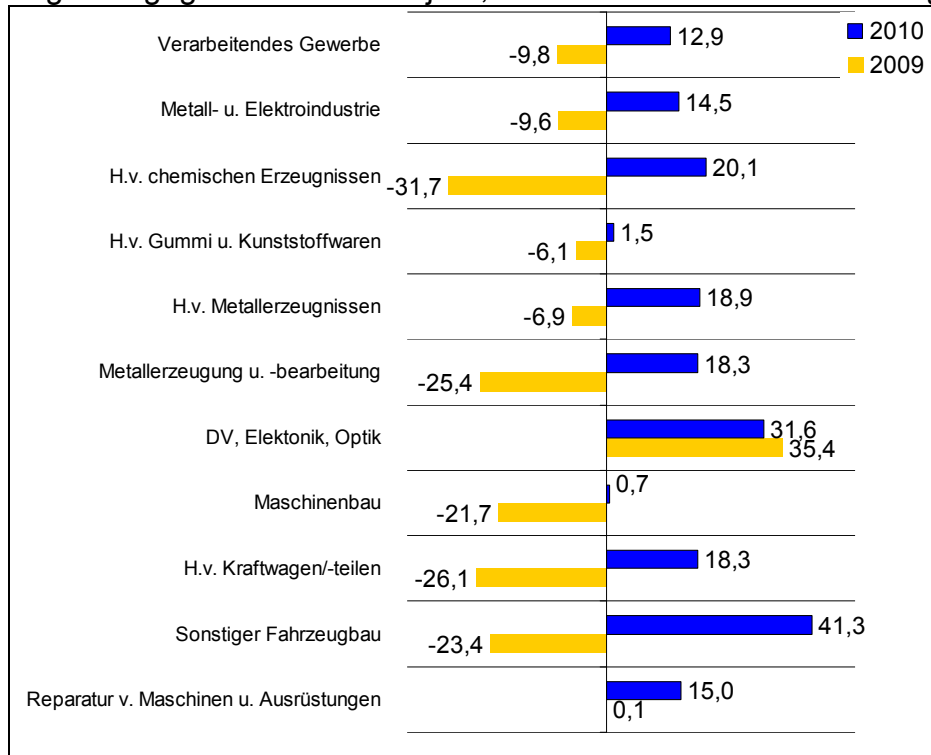
**Abbildung 5: Umsatzentwicklung in Berlin nach Branchen**  
 (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, Betriebe mit über 50 Beschäftigten)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Berechnungen UVB H.v. = „Herstellung von“, DV = Datenverarbeitung Verarbeitendes Gewerbe und Metall- u. Elektroindustrie: Jahresdaten andere Branchen: Durchschnitt der ersten elf Monate der Jahre 2009 und 2010  
 „Sonstiger Fahrzeugbau unterliegt der Geheimhaltung

In Brandenburg sind es vor allem Wirtschaftszweige wie der Kraftfahrzeugbau (+18,3%), die chemische Industrie (+20,1%), und die Herstellung und Bearbeitung von Metallen (+18,9% bzw. 18,3%), die hinsichtlich der Umsatzentwicklung wieder deutlich an Fahrt gewonnen haben.

**Abbildung 6: Umsatzentwicklung in Brandenburg nach Branchen**  
 (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, Betriebe mit über 50 Beschäftigten)

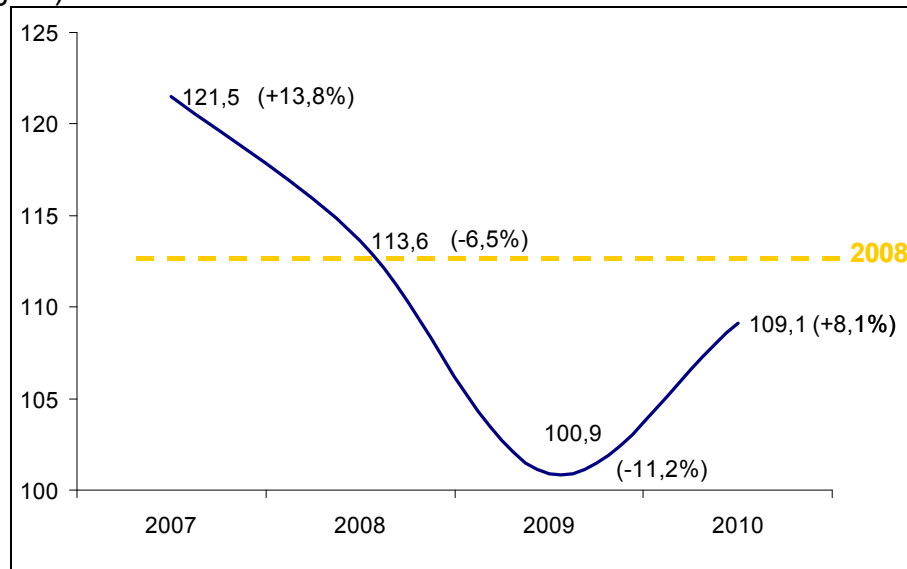


Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Berechnungen UVB H.v. = „Herstellung von“, DV = Datenverarbeitung Verarbeitendes Gewerbe und Metall- u. Elektroindustrie: Jahresdaten andere Branchen: Durchschnitt der ersten elf Monate der Jahre 2009 und 2010

Die Auftragsbilanz im Jahr 2010 verlief in der Berliner Industrie in Betrieben mit über 50 Beschäftigten insgesamt positiv. So erhöhte sich das Volumen an Aufträgen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um über 8% (2009: -11,2%). Dabei stiegen die Inlands- und die Auslandsnachfrage um rund 8 % (2009: -20%) und um 8,3 % (2009: -4%). Trotz der Zuwächse bei den Aufträgen konnte das Vorkrisenniveau von 2008 noch nicht erreicht werden (s. Abbildung 7).

### Abbildung 7: Entwicklung der Aufträge in Berlin

(Volumenindex, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, Betriebe mit über 50 Beschäftigten)

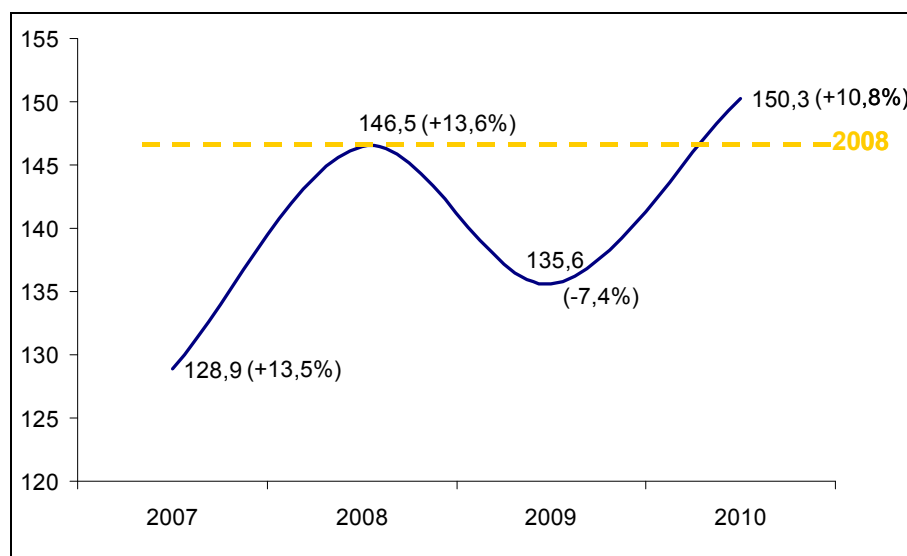


Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Darstellung UVB

Die Auftragslage in der brandenburgischen Industrie hat sich im Jahr 2010 wieder erholt. Das Niveau von 2008 konnte etwas überschritten werden. So erhöhte sich das Auftragsvolumen gegenüber 2009 um insgesamt 10,8% (2009: -7,4%). Dabei konnte insbesondere die Auslandsnachfrage um knapp 29% (2009: -37,8%) zulegen. Dieser Zuwachs resultiert unter anderem aus hohen Ordertätigkeiten in den Bereichen Datenverarbeitung, Elektronik und Optik, die im Jahr 2009 deutliche Auftragsrückgänge verzeichnet haben.

### Abbildung 8: Entwicklung der Aufträge in Brandenburg

(Volumenindex, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, Betriebe mit über 50 Beschäftigten)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Darstellung UVB

## **Exportquote**

Insgesamt rechnet die UVB für das Jahr 2011 mit einem weiteren moderaten Beschäftigungszuwachs bei anhaltender Differenzierung zwischen den Branchen. Auch die Berliner Exportquote (Auslandsumsatz zu Gesamtumsatz), die im Jahr 2010 bei rund 48% (2009: 46%) lag, könnte weiterhin hoch bleiben. Dies ist ein Zeichen für die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Industrie.

Mit der Erholung der ausländischen Märkte ist die Exportquote in Brandenburg von 25% (2009) auf knapp 26% im Jahr 2010 gestiegen (für Betriebe mit über 50 Beschäftigten). Zwar ist die gestiegene Exportquote ein gutes Zeichen, dennoch muss das Land Brandenburg alles daran setzen, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes weiter zu stärken.

## **1.4. Tourismus in Berlin – weiter auf Wachstumskurs**

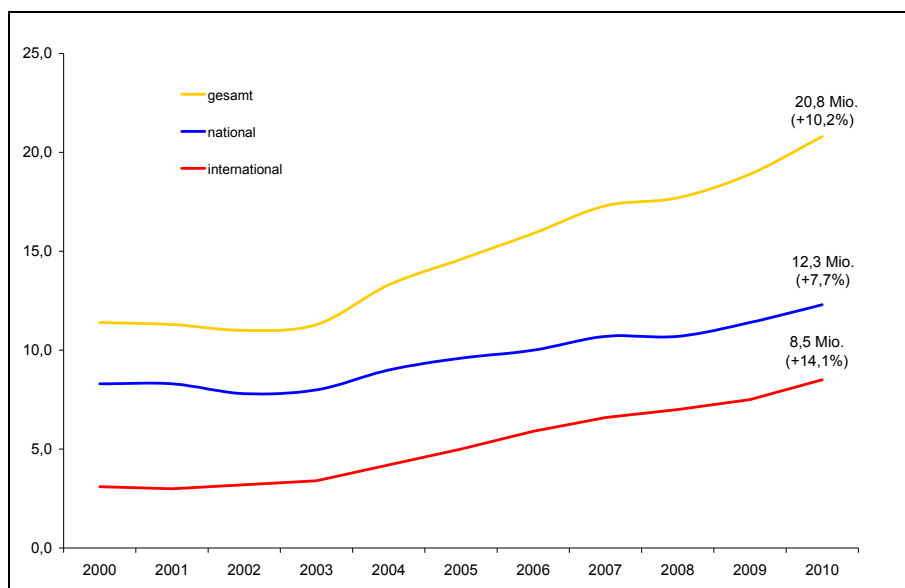
Ein Wirtschaftszweig, der nahezu ungebremst wächst, ist der Tourismus (Abbildung 9). Im Jahr 1993 wurden in Berlin 7,3 Millionen Besucher gezählt, vergangenes Jahr waren es fast 21 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen hat sich also in weniger als 20 Jahren nahezu verdreifacht.

Mit 20,8 Mio. Übernachtungen im Jahr 2010 hat Berlin seinen eigenen Rekord vom Vorjahr übertroffen. Die Zahl der Gäste stieg im gleichen Zeitraum auf fast 9,1 Mio. Das waren 10,2% mehr Übernachtungen und 9,5% mehr Gäste als im 2009. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag unverändert bei 2,3 Tagen.

Besucher aus dem europäischen Ausland und aus Übersee trugen deutlich stärker zum Wachstum bei als inländische Touristen. Um 13,7% stieg die Zahl ausländischer Gäste auf 3,3 Millionen und damit fast doppelt so stark wie die der Inlandsgäste (+7,3%, 5,8 Mio.). Kräftige Zuwächse gab es nicht nur bei den traditionell starken Herkunftsländern, sondern beispielsweise bei Besuchern aus Norwegen (+39,2 Prozent), Russland (+31,4%) und Finnland (+30,8%) oder aus Übersee: Brasilien (51,4%), China und Hongkong (+32,5%), Israel (+31,6%).

Zum Jahresende 2010 waren 747 Beherbergungsstätten geöffnet, 3,6% mehr als vor einem Jahr. Das Bettenangebot summierte sich auf 112.400 und lag um 5% über dem Wert des Vorjahres. Die durchschnittliche Auslastung aller Gästebetten betrug im Jahresverlauf 51% (2009: rund 50%).

**Abbildung 9: Übernachtungen in Berlin steigen kontinuierlich an**



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

### 1.5. Gesundheitswirtschaft: Chancen nutzen – Strukturen ändern

Erhebliche Wachstumschancen bestehen für die Gesundheitswirtschaft in der Hauptstadtregion. Treiber dieses Wachstums sind neben der demografischen Entwicklung das steigende Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung und die Erschließung internationaler Märkte. Ca. 340.000 Beschäftigten sind bereits heute in Berlin und Brandenburg in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt. Bis zum Jahr 2020 wird die Beschäftigtenzahl noch einmal um ca. 20.000 Personen ansteigen. Auch hinsichtlich der Wertschöpfung birgt die Gesundheitswirtschaft ein großes Potential, was insbesondere für den innovativen Kernbereich gilt, zu dem die Bereiche Pharma, Medizintechnik und Biotechnologie zu zählen sind. Da die Gesundheitswirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette in der Hauptstadtregion breit aufgestellt ist und sich um den Leuchtturm Charité eine exzellente Wissenschaftslandschaft entwickelt hat, haben die Länder Berlin und Brandenburg sich richtigerweise darauf verständigt, die Branche als Cluster zu qualifizieren und dieses Cluster mit einem professionellen Management auszustatten.

Aufgabe des Clustermanagements ist die weitere Entwicklung und Stärkung des Clusters Gesundheitswirtschaft durch Koordinierung der Aktivitäten von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Handlungsrahmen für diese Aktivitäten ist der Masterplan ‚Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg‘ mit zur Zeit 12 Handlungsfeldern. Die Steuerung der strategischen Weiterentwicklung des Masterplans, bei der es vorrangig um eine Konzentration der Handlungsfelder gehen wird, erfolgt durch einen Clusterbeirat, in dem die UVB vertreten ist.

Entscheidende Bedeutung für das weitere Wachstum der Gesundheitswirtschaft kommt den Krankenhäusern zu. Die Krankenhäuser bilden den Kernbereich und sind Motor für die weitere Entwicklung der Gesundheitswirtschaft. Mit der Charité und Vivantes verfügt Berlin über das größte Universitätsklinikum und den größten kommunalen Krankenhauskonzern in Europa. Vor allem im Bereich der Hochleistungsmedizin besteht hier die bundesweit einzigartige Möglichkeit zur Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern auf der einen und den hoch

wertschöpfenden Medizintechnik-, Biotechnologie- und Pharmaunternehmen auf der anderen Seite. Dies gilt für Forschung und Anwendung gleichermaßen. Auch bei der Erschließung internationaler Märkte sind die Krankenhäuser von entscheidender Bedeutung. Als Beispiel sei das Engagement von Vivantes beim Aufbau eines Universitätsklinikums in Saudi-Arabien genannt.

Besonders für die Berliner Krankenhäuser besteht jedoch weiterhin das Dilemma der dualen Krankenhausfinanzierung. Das Land Berlin kommt seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Investitionen der Krankenhäuser nicht bzw. nicht hinreichend nach. Dadurch schwächt das Land die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser nachhaltig. Eine Wende zum Positiven kann nur über grundlegende Strukturveränderungen erreicht werden.

Im Mittelpunkt der Überlegungen wird dabei die Klärung des Verhältnisses der beiden landeseigenen Krankenhausgesellschaften Vivantes und Charité stehen müssen. Dies betrifft insbesondere die erforderliche Konzentration der Charité auf Hochleistungsmedizin und Maximalversorgung. Darüber hinaus sind weitere Strukturfragen zu Standorten, Trägerstruktur und Rechtsform vorurteilsfrei zu prüfen. Nur auf diesem Weg wird es gelingen, Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen und den Investitionsstau bei den Berliner Krankenhäusern, der annähernd eine Milliarde Euro beträgt, ohne die Aufnahme neuer Schulden aufzulösen.

## **2. Aktuelle Branchenumfrage der UVB – wirtschaftliche Erholung setzt sich fort**

Die UVB hat im Februar 2011 unter ihren rund 60 Mitgliedsverbänden eine Umfrage zur aktuellen konjunkturellen Entwicklung und zur Fachkräftesicherung durchgeführt. Die Ergebnisse repräsentieren mehr als 30 Branchen und zeigt die aktuellen Branchentrends in der Region auf. Es wird deutlich, dass die Branchen mit Zuversicht ins Jahr 2011 blicken. Die Beschäftigungsentwicklung, inklusive die Zahl der Ausbildungsplätze, wird insgesamt als stabil eingeschätzt. Die Ergebnisse der Umfrage im Überblick (Abbildung 10: „Trends der Branchenumfrage der UVB“):

### **2.1. Erholung bei den Auftragseingängen**

Die Umfrage der UVB zeigt, dass die Mehrheit der Branchen mit stabilen Auftragseingängen für das Jahr 2011 rechnet. Einige Branchen erwarten steigende Aufträge für dieses Jahr. Das gilt beispielsweise für das Papiergewerbe, für Teile der Metall- und Elektroindustrie – vor allem für den Maschinenbau und die Elektrotechnik – und für die Bereiche Verkehr/Logistik und Großhandel/Dienstleistungen. Keine Branche erwartet hingegen eine schwächere Ordertätigkeit. Das heißt, dass die konjunkturelle Erholung in der Region Berlin-Brandenburg auf einem stabilen Fundament steht.

### **2.2. Zuversicht bei den Umsatzerlösen im Jahr 2011**

Mit den Erwartungen zu den Auftragseingängen korrespondieren auch die Aussichten für die Umsatzentwicklung. Die meisten Branchen rechnen mit gleichbleibenden und teilweise auch mit höheren Umsatzerlösen. Steigende Umsätze erwarten die Metall- und Elektroindustrie, der Maschinenbau, die Holz- und Kunststoffindustrie sowie der Großhandel/Dienstleistungen. Eine eher stabile Umsatzentwicklung erwarten die Ernährungsindustrie, Druckindustrie, Bauindustrie, Chemieindustrie und das Handwerk im Bereich Sanitär/Heizung/Klima. Innerhalb der Dienstleistungen sind es die Branchen Logistik, Großhandel, Hotel- und Gaststätten und Kliniken/Pflege, die eine stabile Umsatzentwicklung für das Jahr 2011 erwarten.

### **2.3. Gute Perspektiven für mehr Kapazitätsauslastung**

Industriebranchen, wie z.B. Holz- und Kunststoffverarbeitung, Papiererzeugung, Metall- und Elektroindustrie, Maschinen- und Anlagenbau rechnen für dieses Jahr mit einer höheren Kapazitätsauslastung. Gleiches gilt für die Dienstleistungssektoren, wie beispielsweise die Gebäudetechnik sowie den Bereich Verkehr und Logistik. Ein Großteil der befragten Branchen rechnet jedoch eher mit einer gleichbleibenden Auslastung. Dieser Befund deckt sich mit den Erwartungen hinsichtlich der Auftragslage für das Jahr 2011.

### **2.4. Beschäftigungsentwicklung ist noch unterschiedlich**

Die gute Nachricht lautet: Keine Branche rechnet mit einem Beschäftigungsabbau im Jahr 2011. Die Mehrheit der Unternehmen geht davon aus, dass in diesem Jahr die Zahl der Arbeitsplätze überwiegend konstant bleiben wird. Allein die Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagebau rechnen mit einer steigenden Beschäftigung. Diese insgesamt verhaltene optimistische Erwartungshaltung ist eine Momentaufnahme des ersten Quartals 2011. Wenn die Betriebe im Laufe des Jahres

2011 weiterhin steigende Aufträge und Umsätze verbuchen, könnte dies nach Einschätzung der UVB ein deutliches Beschäftigungswachstum zur Folge haben, das erfahrungsgemäß immer mit einer gewissen Zeitverzögerung einsetzt.

## **2.5. Umsetzung der Investitionsplanungen möglich**

Fast alle Branchen erwarten, ihre geplanten Investitionen für 2011 durchführen zu können. In Teilen der Bauindustrie kommt es aufgrund von Umstrukturierungen im Bankensektor zu erheblichen Bonitätsprüfungen. Hier ist die Kreditaufnahme für viele Betriebe im Baubereich im letzten haben Jahr schwieriger geworden. Im Bereich Logistik und Verkehr – speziell im Fuhrgewerbe – werden vor allem für Ersatzinvestitionen getätigt. Einige Unternehmen aus der Elektronikindustrie erwarten sogar, in diesem Jahr mehr zu investieren als ursprünglich geplant. Eine allgemeine Kreditklemme lässt sich aus den Umfrageergebnissen nicht herauslesen. Die Lage ist auch hier innerhalb der einzelnen Branchen sehr differenziert. So berichten Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau, dass sie trotz guter konjunktureller Aussichten Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Bankenkrediten haben. Einige Betriebe aus dem Bereich Gebäudetechnik berichten dagegen, dass die Kreditaufnahme bei Banken sogar etwas leichter geworden ist.

## **2.6. Fazit: Die Wirtschaft blickt mit Zuversicht nach vorne!**

Zuversicht zieht sich durch alle Branchen. Investitionspläne können umgesetzt werden, keine der Branchen erwartet einen Abbau der Beschäftigung und die Auftragslage und Umsatzentwicklung werden für 2011 eher stabil ausfallen.

Eine allgemeine Kreditklemme bestätigt diese Umfrage nicht. Wohl aber die Tatsache, dass der Zugang zu Krediten teilweise durch die Banken erschwert wird. Der klassische Bankkredit bleibt insbesondere für kleine und mittlere Betriebe eine zentrale Finanzierungsquelle, auch wenn die Banken bei der Vergabe selektiver vorgehen und die Margen stärker als bisher an die Risiken anpassen.

Der Befund, dass die meisten Branchen zur Zeit noch nicht mit einem deutlichen Beschäftigungswachstum rechnen und die Kapazitätsauslastung weitgehend stabil eingeschätzt wird, dürften Hinweise darauf sein, dass sich die Wirtschaft noch immer in einem Aufholprozess befindet. Insgesamt lassen sich die Ergebnisse wie folgt zusammenfassen: **Die Wirtschaft schaut mit Zuversicht nach vorne!**

**Abbildung 10: Trends der Branchenumfrage der UVB**

| Branchen                       | Kapazitätsauslastung | Mitarbeiterentwicklung | Umsatz | Auftrageingang |
|--------------------------------|----------------------|------------------------|--------|----------------|
| Ernährungsindustrie            | →                    | →                      | →      | →              |
| Holz und Kunststoff            | ↗                    | →                      | ↗      | →              |
| Papierherzeugung               | ↗                    | →                      | →      | ↗              |
| Druck und Medien               | →                    | →                      | →      | →              |
| Bauindustrie                   | →                    | →                      | →      | →              |
| Chemie                         | →                    | →                      | →      | →              |
| Metall- und Elektroindustrie   | ↗                    | →                      | ↗      | ↗              |
| Elektrotechnik                 | →                    | →                      | →      | ↗              |
| Maschinenbau                   | ↗                    | ↗                      | ↗      | ↗              |
| Sanitär/Heizung/Klima          | →                    | →                      | →      | →              |
| Verkehr, Logistik, Fuhrgewerbe | ↗                    | →                      | →      | ↗              |
| Gebäudetechnik                 | ↗                    | →                      | →      | →              |
| Großhandel/Dienstleistungen    | →                    | →                      | ↗      | ↗              |
| Hotel und Gaststätten          | →                    | →                      | →      | →              |
| Kliniken und Pflege            | →                    | →                      | →      | →              |

Quelle: UVB-Branchenumfrage vom Februar 2011

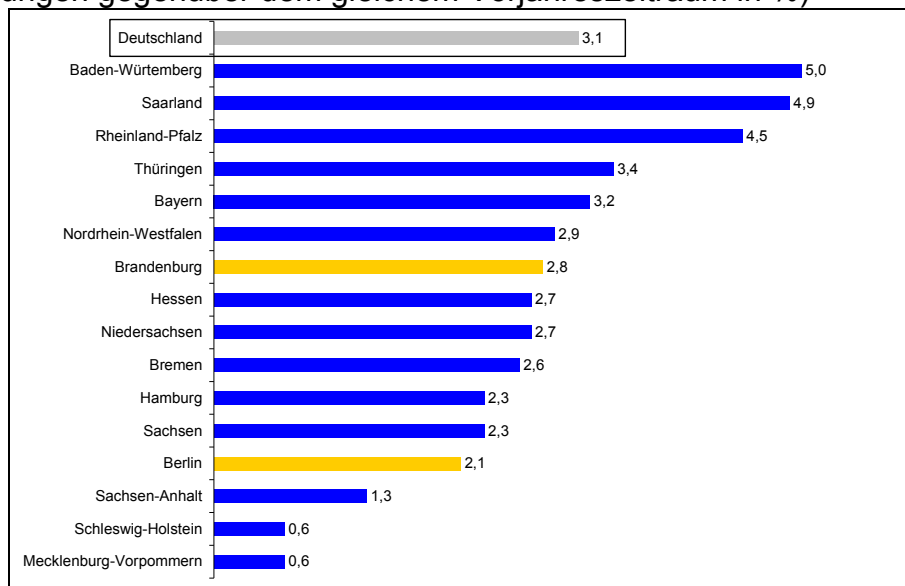
| Legende |                           |
|---------|---------------------------|
| ↗       | Steigerung, Aufbau        |
| →       | gleich bleibend           |
| ↘       | Rückgang, geringer, Abbau |

### 3. Eine starke industrielle Basis schafft Wachstum und Arbeitsplätze

Eine moderne Industrie ist unverzichtbar als Basis für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort und hat eine Schlüsselfunktion für die gesamte Wirtschaft, weil sie mit ihren Technologien Lösungen liefert, etwa bei der Demografie, Urbanisierung oder Klimaerwärmung oder bei Ressourceneffizienz, Mobilität und in der Gesundheitswirtschaft. Wichtigster Antriebsmotor für die Steigerung der Produktivität in der Industrie sind Innovationen bei Prozessen oder Produkten - sie führen zu „mehr“ und „besser“, das heißt zu quantitativem und qualitativem Wachstum. Neue Produkte und industriennahe Dienstleistungen schaffen wiederum neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze. Um ihre Wachstumsbeiträge leisten zu können, brauchen die Unternehmen entsprechende wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

Es ist zu erwarten, dass sich gerade die Bundesländer mit einem hohen Industrieanteil im Zuge des weiteren Wachstums besonders schnell erholen werden. Die Bundesbank prognostiziert für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von rund 2,0% (2012: 1,5%). Im ersten Halbjahr 2010 lagen Baden-Württemberg und das Saarland mit einem Plus der Wirtschaftsleistung von rund 5% an der Spitze der Bundesländer-Rangliste:

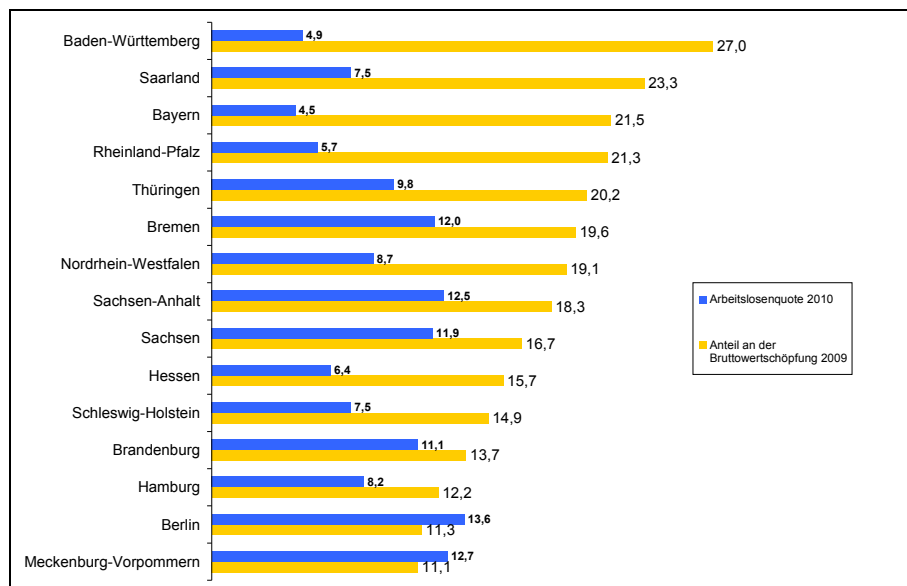
**Abbildung 11: Preisbereinigtes BIP nach Bundesländern erstes Halbjahr 2010**  
(Veränderungen gegenüber dem gleichem Vorjahreszeitraum in %)



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Ebenfalls wird der Zusammenhang zwischen einer starken industriellen Basis und einer geringen Arbeitslosigkeit beziehungsweise mehr Beschäftigung deutlich, wenn man den Vergleich der Bundesländer dafür zugrunde legt.

## Abbildung 12: Viel Industrie – wenig Arbeitslose



Quelle: IW Köln, Bundesagentur für Arbeit (Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)

Die UVB setzt sich aufgrund der besonderen Bedeutung der Industrie für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt maßgeblich für deren Stärkung ein, unter anderem im „Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP)“ beim Regierenden Bürgermeister, dem „Masterplan Industriestadt Berlin 2010 – 2020“, der ersten Imagekampagne für die Berliner Industrie „Ich bin ein Berliner“ oder der Einrichtung der „Agentur für Elektromobilität (eMO)“ zur gezielten Förderung eines industriellen Zukunftsfeldes in der Hauptstadtregion. Daneben haben bestehende Formate wie die Berliner Wirtschaftskonferenz oder die Wachstumsinitiative Berlin das Thema Industrie weiter fokussiert.

Die industriepolitischen Anstrengungen müssen nun verstetigt werden. Die in den verschiedenen Initiativen verabredeten konkreten Aktivitäten zur Stärkung der industriellen Basis in der Region müssen konsequent umgesetzt werden. Dies kann gelingen, wenn öffentliche Investitionen ein höheres Gewicht an den Staatsausgaben erhalten. Insbesondere in Berlin müssen strukturelle Verbesserungen im Haushalt die Voraussetzungen schaffen, dass trotz Konsolidierungszwängen dringend notwendige Investitionen insbesondere in der Forschungs- und Entwicklungs-, Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur vorgenommen werden können.

- **Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP)**

Der Regierende Bürgermeister von Berlin hat im März 2010 einen regelmäßig tagenden „Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP)“ eingerichtet. Dieser soll auf Initiative der UVB und weiterer Partner aus Wirtschaft und Gewerkschaften als „Knotenlöser“ in ressortübergreifenden Themen fungieren. Neben den Spitzenorganisationen von Wirtschaft und Gewerkschaften sind relevante fachverantwortliche Senatoren und Senatorinnen fest eingebunden, darunter die Ressorts Wirtschaft, Technologie, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Finanzen und Stadtentwicklung. Die Einrichtung des Steuerungskreises Industriepolitik steht für

einen Paradigmenwechsel in der Rolle der Industrie in der Stadt Berlin. Konkrete Ergebnisse aus dem Arbeitsprogramm 2010 waren unter anderem

- die Gründung einer Agentur für Elektromobilität (eMO),
- wichtige Schritte zur Nachnutzung von Teilen des Flughafengeländes in Tegel als Standort für Industrie, Forschung und Entwicklung sowie
- die Initiierung einer Industriekampagne „Ich bin ein Berliner“.

Die bei Berlin Partner angesiedelte letztgenannte Initiative präsentiert herausragende Berliner Industrieprodukte aus ganz unterschiedlichen Bereichen. Noch immer wissen zu wenige Menschen in und außerhalb der Region von der Leistungsfähigkeit und der Innovationskraft der Industrie und ihrer Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung. Die für weitere Partner offene Initiative soll die Industrie sichtbarer machen und ein neues Bewusstsein schaffen für die Chancen der Industriestadt Berlin. Zahlreiche Unternehmen beteiligen sich bereits inhaltlich und finanziell. 2011 ist die Industrie darüber hinaus ein Schwerpunktthema der gesamten Hauptstadt Kampagne „be Berlin“. Die Anstrengungen zur Standortvermarktung sind wichtig zu Stärkung eines neuen (Selbst-)Bewusstseins als innovative Industriestadt und müssen dauerhaft verstetigt werden.

2011 setzt der Steuerungskreis Industriepolitik rund um Fachkräftesicherung und Ausbildung sowie Innovation, Wirtschaft und Wissenschaft neue zusätzliche Themenschwerpunkte. Eine zentrale Rolle in der Berliner Industrie spielt die Fachkräftesicherung und die Frage der industriellen Ausbildungsplätze, insbesondere auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Im Steuerungskreis Industriepolitik wurde deshalb vereinbart, durch gezielte Initiativen - z.B. durch den Ausbau von Partnerschaften von Schulen und Industriebetrieben - die Zahl der industriellen Ausbildungsplätze bis 2012 wieder auf das Niveau von 2007 zu steigern. Damals gab es 1.400 neue Ausbildungsverträge gegenüber 1.220 neuen Ausbildungsverträgen 2010. Dies bedeutet einen Zuwachs von ca. 180 Ausbildungsplätzen.

- **Masterplan Industriestadt Berlin 2010-2020**

Im Netzwerk Industriepolitik hat die UVB im Mai 2010 einen gemeinsam erarbeiteten „Masterplan Industriestadt Berlin 2010-2020“ präsentiert, dessen Umsetzung der Senat im Juni beschlossen hat. Das Netzwerk Industriepolitik ist ein breites Bündnis aus Senat, Wirtschaft und Gewerkschaften, das in einem intensiven Arbeitsprozess den Masterplan erstellt hat. Gemeinsames Ziel ist ein industrielles Wachstum Berlins, das deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Die Potentiale der Industrie in der Hauptstadt für Innovation, Wachstum und Beschäftigung sollen besser genutzt werden. Im Masterplan Industriestadt sind 34 konkrete Projekte verabredet in den Feldern Rahmenbedingungen, Innovationen, Fachkräfte und Standortkommunikation. Das Netzwerk Industriepolitik steuert die Umsetzung des Masterplans Industrie. Die UVB engagiert sich dabei unter anderem in der übergreifenden strategischen Steuerung des Masterplanprozesses sowie in mehreren konkreten Projektleitungen, vor allem in den Bereichen Fachkräftesicherung und Innovation.

Die im Masterplan Industriestadt verabredeten Projekte müssen nun systematisch weiter umgesetzt werden. Dabei wird es auch noch um finanzielle Fragen gehen. Ein

Beispiel ist der **Career Service** an den Berliner Hochschulen. Die UVB hat im Masterplan Industriestadt die Projektleitung für eine Weiterentwicklung übernommen, mit dem Ziel durch ein nachhaltiges System der Career Service Center gezielt Absolventen der Berliner Hochschulen in die Berliner Industrie zu vermitteln. Die M+E-Arbeitgeber haben hierzu bereits wichtige Projekte initiiert und finanziert, etwa eine gemeinsame Broschüre mit einem Überblick aller Career Center und ein gemeinsames Jobportal. Zugleich muss nun jedoch für die Career Service Center an den einzelnen Hochschulen die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln nachhaltig sichergestellt werden.

- **Wachstumsfaktor Mobilität**

Die Region verfügt über Industriebetriebe in den Mobilitätsbereichen Automotive, Schienenverkehrstechnik sowie Luft- und Raumfahrt. In Zusammenarbeit mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen arbeiten sie an neuen Lösungen für den Transport von Menschen und Gütern zum Beispiel im Bereich Elektromobilität.

Die Hauptstadtregion verfügt über eine einzigartige Wissenschafts- und Forschungslandschaft im Mobilitätsbereich. Allein zehn Lehrstühle und Institute beschäftigen sich direkt mit Verkehrstechnik. 19 Lehrstühle sind in der Elektrotechnik/ Elektronik bzw. der Energietechnik/-netze beheimatet. Ergänzend existieren Lehrstühle und Institute mit physikalischen und chemischen Schwerpunkten. Weitere 14 Informatik-Lehrstühle bilden die gesamte Breite der Informationstechnologien ab. Das Daimler Center for Automotive Information Technology Innovations und die Deutsche Telekom Laboratories (T-Labs) an der TU Berlin sind Beispiele strategischer Forschungspartnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich Automotive bzw. IT.

In der Hauptstadtregion sind über 7.000 Unternehmen Verkehr und Mobilität zuzuordnen mit über 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und einem Umsatz von mehr als 15 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Umsatzanteil an der Gesamtwirtschaft von 7,4 Prozent. Die Wachstumschancen sind angesichts der weltweit kontinuierlich steigenden Mobilitätsnachfrage ausgezeichnet.

Die **“Wachstumsinitiative Berlin“** aus Wirtschaftssenator, UVB, IHK, Handwerkskammer, Bauindustrieverband, Berlin Partner, IBB, DGB und TSB haben das Thema Mobilität im letzten Jahr zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Unter dem Titel „Mobilität – made in Berlin“ hat die Wachstumsinitiative im Oktober 2010 ein Papier zu den Chancen, Potentialen sowie wichtigen Handlungsfeldern vorgestellt und im Rahmen der **4. Berliner Wirtschaftskonferenz** im Berliner Rathaus im November diskutiert.

Nach Überzeugung der UVB bietet das Thema Mobilität nachhaltige Wachstumschancen und Beschäftigungspotentiale in der Region. In diesem Sinn müssen die Weichen für attraktive Rahmenbedingungen richtig gestellt werden. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Förderung der Innovationsfähigkeit, die Sicherung des Fachkräftebedarfs, die noch bessere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft und die weitere Netzwerkbildung in zukünftigen Kernbereichen der Mobilität. Ein Beispiel dafür ist die Elektromobilität.

- **Berliner Agentur für Elektromobilität (eMO)**

Die Elektromobilität nimmt bei der Entwicklung alternativer Antriebstechnologien eine zentrale Rolle ein. Für Berlin ergibt sich damit die Chance einer nachhaltigen Wertschöpfung, denn die Stadt hat beste Voraussetzungen, ein führendes Zentrum der Elektromobilität in Europa zu werden. Hier arbeiten bereits zahlreiche Unternehmen und Forschungseinrichtungen an der Entwicklung der Fahrzeuge von morgen. Hier laufen gemeinsame Feldversuche der großen deutschen Autohersteller BMW, Daimler und VW mit den Stromversorgern Vattenfall, RWE und EON. Gleichzeitig sind Berlin und Potsdam Modellregionen für Elektromobilität. Berlin hat heute bereits das dichteste Netz von Ladestationen in Deutschland. Alles in allem werden derzeit in Berlin Forschungsprojekte zur Elektromobilität mit einem Gesamtvolumen von 100 Millionen Euro durchgeführt – mehr als in jeder anderen deutschen Region.

Die UVB sieht im Bereich Elektromobilität eine der wichtigsten Zukunftschancen für die Region und hat das Thema Elektromobilität im vergangenen Jahr unter anderem auf die Agenda des Steuerkreises Industriepolitik beim Regierenden Bürgermeister gesetzt. Vor diesem Hintergrund hat sich die UVB erfolgreich für den Aufbau einer Agentur für Elektromobilität Berlin eingesetzt und sich dabei auch finanziell engagiert. Ziel des eMO-Engagements der UVB ist es, Berlin als Standort für Elektromobilität auszubauen, Forschungsprojekte und Feldversuche zu stärken, Komponentenfertigung in unserer Stadt anzusiedeln. Damit kann Wirtschaftswachstum in der Stadt angekurbelt und neue industrielle Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Berliner Agentur für Elektromobilität eMO hat die Aufgabe, die Aktivitäten und Kompetenzen von Wissenschaft, Industrie und Politik in der deutschen Hauptstadtregion zu bündeln und Berlin als Leitmarkt und Leitanbieter innerhalb Deutschlands zu entwickeln. Die UVB hat auf Spitzenebene Gespräche initiiert, die unter Beteiligung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wichtige Vorhaben im Bereich Elektromobilität begleitet und fördert. Auf Initiative der UVB wird gegenwärtig eine Strategie zur Elektromobilität in Form eines Aktionsprogramms erarbeitet. Die UVB prägte für das eMO-Leitbild die Schlagzeile „Berlin forscht, entwickelt, produziert, bildet aus und wendet an!“.

- **Innovationspolitik**

Unter maßgeblicher Mitwirkung der UVB wurde am 15. März 2010 die **TransferAllianz** Berlin gegründet. Sie ermöglicht es Unternehmen, für Produkt- und Prozessinnovationen schneller und direkter auf die vielfältigen Wissenschaftsressourcen der Region zuzugreifen. Über 130 Unternehmen haben beispielsweise seither den TransferBonus in Anspruch genommen. Der TransferBonus wurde als neues Instrument im Rahmen der TransferAllianz entwickelt. Der Maßnahmenkatalog der TransferAllianz umfasst 18 Einzelprojekte, die nun systematisch bearbeitet werden.

Der enge Kontakt zur Hochschule ist nicht nur für einen erfolgreichen Wissens- und Technologietransfer, sondern auch für die langfristige Sicherung der regionalen Fachkräftebasis entscheidend. Vor diesem Hintergrund erneuert die UVB ihre

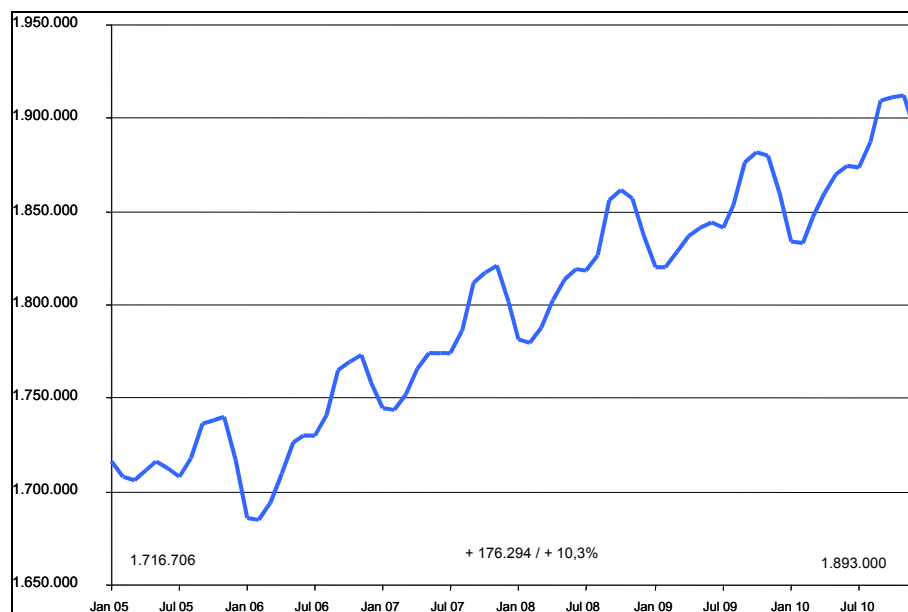
traditionellen Kooperationsvereinbarungen mit den Hochschulen der Region. Die neue Vereinbarung mit der TU Berlin beispielsweise umfasst die drei Handlungsfelder „Wissens- und Technologietransfer“, „Career Service“ und „MINT“. Neben dem Programm „ME-Industrie trifft TU-Wissenschaft“ und der AG „Career Service“ steht das MINT-Schulportal auf der gemeinsamen Projektagenda.

## 4. Beschäftigung und Ausbildung in Berlin und Brandenburg

### 4.1. Die Beschäftigungsentwicklung in der Region

Von April 1996 bis Ende 2004 hatte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Region um 370.000 Personen abgenommen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist aber wieder seit Anfang 2005 bis Ende 2010 um 176.294 Personen oder um 10,3% gestiegen. In den letzten fünf Jahren ist es gelungen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Berlin und Brandenburg wieder zu steigern.

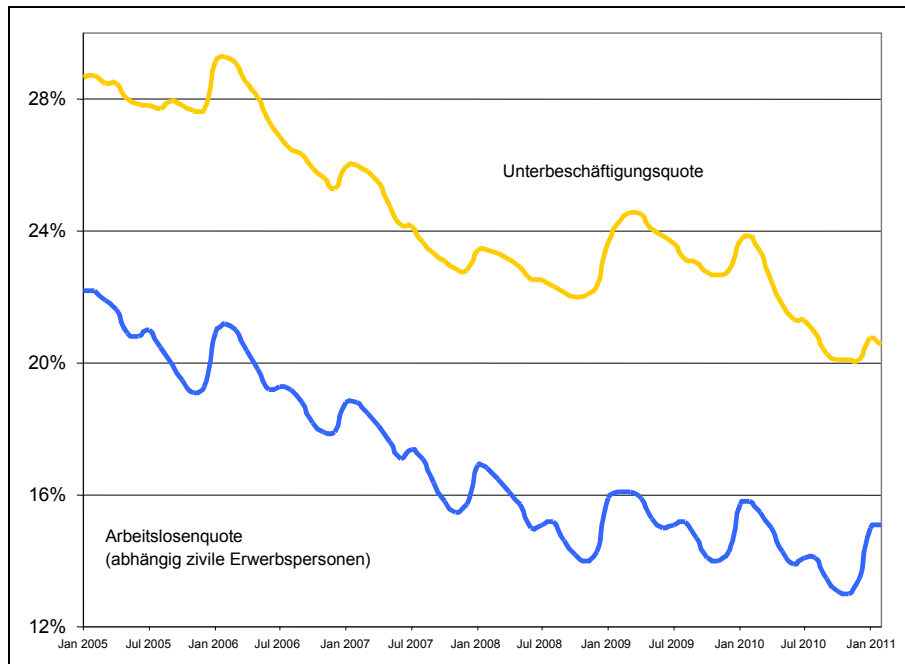
**Abbildung 13: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Berlin und Brandenburg**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Im demselben Zeitraum ist die Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen, von 604.483 auf 360.062 Personen. Das ist ein Rückgang um 244.376 Personen oder um 40,4%. Die Arbeitslosenquote ist von 19,9% auf 11,8% gefallen. Das ist ein Rückgang um 8,1%-punkte. Im Oktober 2010 hatte die Arbeitslosenquote in Brandenburg sogar 9,8% erreicht, der niedrigste Wert seit 1992. Gleichzeitig ist auch die Unterbeschäftigungsquote um über 8%-punkte zurückgegangen. Diese Quote weist den Anteil der Personen aus, die zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen. Berlin gehört mit einer Arbeitslosenquote von 14 Prozent zu den Schlusslichtern in Deutschland. Hier besteht dringend Handlungsbedarf. Ein Grund für die hohe Arbeitslosigkeit ist die im Bundesvergleich mit 65 % niedrige Erwerbstätigenquote in Berlin (Bundesdurchschnitt: ca. 70 %)

**Abbildung 14: Rückgang der Unterbeschäftigungs- und der Arbeitslosenquoten in Berlin und Brandenburg**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

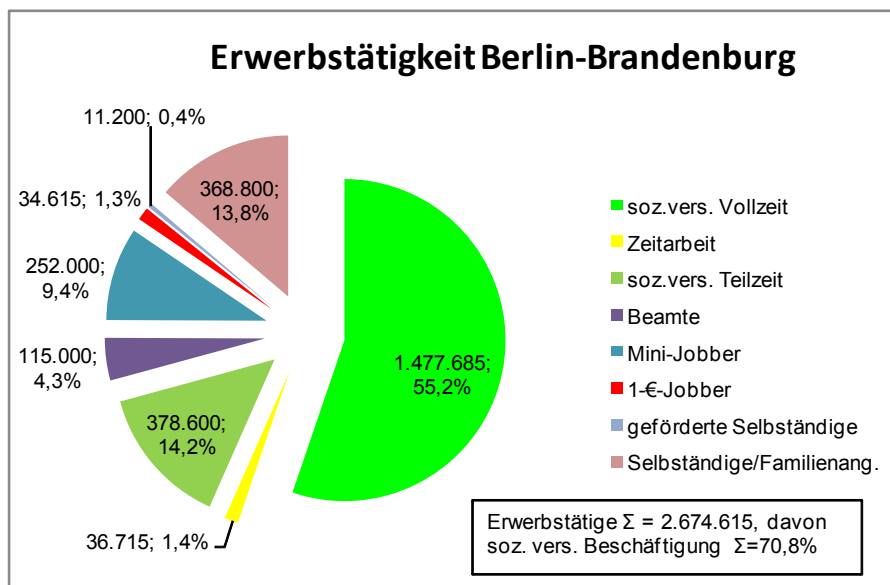
Zu den Erwerbstätigen werden alle Personen gezählt, die einer Tätigkeit nachgehen. Zusätzlich zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dazu auch die Beamten, die Mini-Jobber, die 1-€-Jobber, die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen.

Die aktuelle Struktur der Erwerbstätigkeit zeigt nach wie vor eine robuste Basis. Knapp über 70% aller Erwerbstätigen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Der Anteil der Zeitarbeit an der Erwerbstätigkeit beträgt dabei gerade einmal 1,4%. Insgesamt sind mehr als 55% aller Erwerbstätigen in sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen tätig. Ausschließlich auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bezogen beträgt der Anteil der Vollzeitbeschäftigten 80,1%, der der Teilzeitbeschäftigten 19,9%.

Der Anteil der Mini-Jobber und der 1-€-Jobber an allen Erwerbstätigen beträgt gerade einmal 4,3% bzw. 1,3%, ist also verschwindend gering im Vergleich zu der Rolle, die diese Beschäftigungsform in der öffentlichen Debatte spielt.

**Abbildung 15: Erwerbstätigkeit Berlin-Brandenburg**



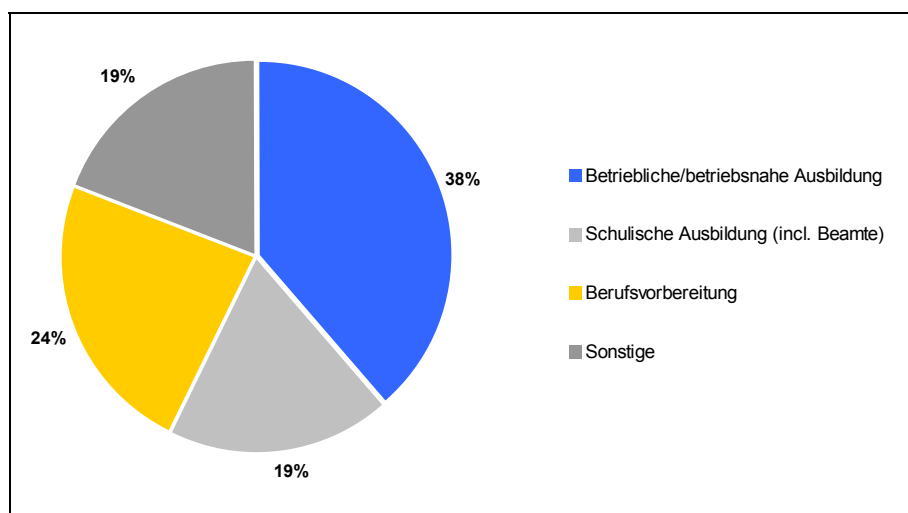
Quelle: UVB

#### 4.2. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt

Der Ausbildungsmarkt in Berlin und Brandenburg muss einen massiven Rückgang der Bewerberzahlen verkraften. So sind die Schulabgängerzahlen in Berlin von 2005 bis heute rund 38.000 auf rund 29.000 gesunken. In Brandenburg sind sie von knapp über 35.000 auf unter 18.000 gefallen. Der doppelte Abiturjahrgang 2012 bedeutet für den Ausbildungsmarkt nur eine kurzfristige Entspannung.

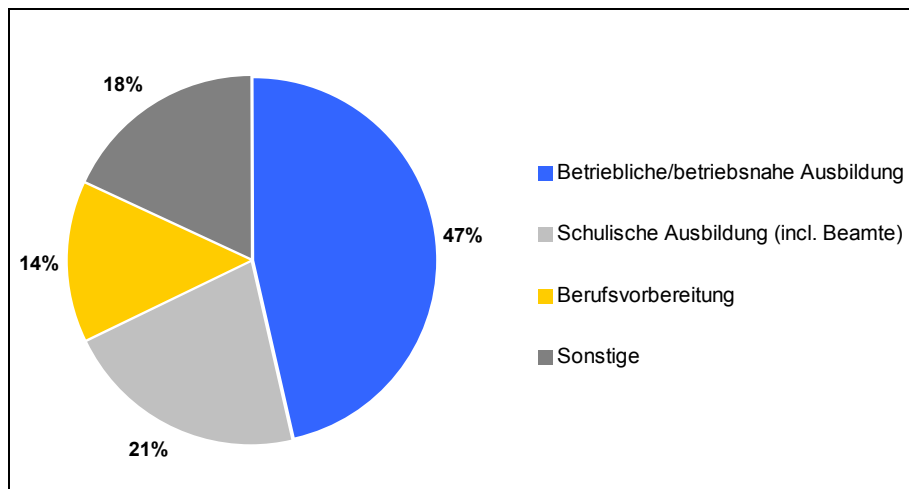
Mit Blick auf die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger sei darauf verwiesen, dass pro Jahr in Berlin rund 2.800 und in Brandenburg rund 1.800 Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen. Das sind – bezogen auf die Gesamtzahl der Schulabgänger – fast 10%!

**Abbildung 16: Anteil der betrieblichen Ausbildungsplätze an allen dualen Ausbildungsplätzen Berlin 2009**



Quelle: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, eigene Berechnungen UVB

**Abbildung 17: Anteil der betrieblichen Ausbildungsplätze an allen dualen Ausbildungsplätzen Brandenburg 2009**



Quelle: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, eigene Berechnungen UVB

Interessant ist ferner die Betrachtung des Anteils der betrieblichen Ausbildung. In 2009 lag der Anteil an betrieblichen Plätzen in Berlin bei 38%, in Brandenburg bei 47%. Die Berufsvorbereitung dagegen macht in Berlin mit 24% einen vergleichsweise hohen Anteil aus.

Erfreulich stellt sich die Situation in den gewerblich-technischen Ausbildungsberufen in Berlin dar. Im Jahr 2010 wurden 1.223 Ausbildungsverträge registriert – das sind 256 bzw. 26% mehr als im Krisenjahr 2009.

Ziel muss es in beiden Bundesländern sein, den Anteil der betrieblichen Ausbildung weiter zu erhöhen. Hier müssen wir hier auch die Unternehmen erreichen, die bisher – aus strukturellen Gründen – nicht ausbilden. Diesen Firmen bieten wir an, sich an Ausbildungsverbänden zu beteiligen.

#### **4.3. Ergebnisse der Branchenumfrage der UVB – Fachkräftesicherung im Fokus**

Das Thema „Fachkräftesicherung“ gewinnt in den Betrieben in Berlin und Brandenburg immer mehr an Bedeutung. Das zeigt die UVB-Umfrage deutlich:

- In den meisten Branchen steigt die Nachfrage nach Auszubildenden und Facharbeitern. Bei den Hochqualifizierten, wie z.B. bei Technikern oder Ingenieuren besteht bereits jetzt akuter Bedarf.
- Betriebliche Ausbildung und Weiterbildung sind die wichtigsten Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel.
- Die Ansprache potentieller Bewerber erfolgt vor allem über Stellenanzeigen, Agentur für Arbeit, Internet und über verstärkte Kooperationen mit Schulen.

Die Umfrageergebnisse im Einzelnen:

- **Ausbildungsplätze**

Einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen erwarten die Betriebe des Gesundheitssektors (Kliniken und Pflege), der Bereiche Sanitär, Heizung und Klima und des Großhandels/Dienstleistungen.

Branchen, die eine gleichbleibende Zahl von Ausbildungsplätzen erwarten, sind z.B. die Bereiche Chemie-/Pharmaindustrie, Verkehr und Logistik, Metall- und Elektroindustrie, Maschinenbau, Elektrotechnik, Bauindustrie, Druckindustrie, Papierindustrie und Papierverarbeitende Industrie, Ernährungsindustrie, Gebäudetechnik und Holz- u. Kunststoffindustrie.

Ein Hinweis für die insgesamt doch als gut eingeschätzte konjunkturelle Perspektive für das Jahr 2011 ist, dass keine Branche eine Reduzierung der Ausbildungsplätze erwartet.

- **Besetzung offener Stellen**

Akute Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen wird aus dem Bereich Kliniken und Pflege gemeldet. Probleme bei der Besetzung offener Stellen haben außerdem Unternehmen aus den Bereichen Sanitär und Heizung/Klima, Gebäudetechnik und Maschinen- und Anlagenbau.

Flächendeckende Probleme bei der Besetzung offener Stellen lassen sich aus den Umfrageergebnissen nicht herauslesen, aber die Mehrzahl aller befragten Branchenvertreter gab an, dass es zumindest teilweise Probleme bei der Besetzung offener Stellen gibt. Das betrifft die Chemie- und Pharmaindustrie, Druckindustrie, das Fuhrgewerbe sowie den Verkehr- und die Logistiksparte, die Metall- und Elektroindustrie, Elektrotechnik, Bauindustrie, Papierindustrie, Ernährungsindustrie und Gebäudetechnik. Allein im Bereich Holz und Kunststoff scheinen die Betriebe noch ausreichend Bewerber zu bekommen. Als Gründe für die Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen, werden teilweise mangelnde Qualifikation und mangelnde Flexibilität bei einem Ortswechsel der Bewerber genannt.

## **Fachkräftesicherung nach Berufsgruppen**

- **Auszubildende**

Einige Branchen rechnen für 2011 mit Schwierigkeiten bei der Fachkräftesicherung hinsichtlich potentieller Ausbildungsplatzbewerber. Deutliche Signale hierfür kommen aus dem Maschinen- und Anlagenbau, Fuhrgewerbe, Bauindustrie, Gastgewerbe, Holz- und Kunststoffindustrie, Sanitär/Heizung/Klima und teilweise auch aus dem Gesundheitsbereich.

Die Bestimmungsgründe für diese Einschätzung sind wie folgt:

- Sehr oft werden rückläufige Bewerberzahlen, mangelnde Qualifikation und damit fehlende Ausbildungsfähigkeit genannt.
- Zum Teil kennen die Bewerber nicht die Branchen.
- Teilweise fehlen einfach die Bewerber (mangelnde Verfügbarkeit).

Die Umfrage zeigt auch, dass sich Fleiß lohnt. Bewerber mit guten Schulnoten und ersten Praxiserfahrungen haben die besten Chancen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen (Chemie- und Pharmaindustrie).

Branchen, die teilweise Schwierigkeiten bei der Fachkräftesicherung hinsichtlich potentieller Ausbildungsplatzbewerber erwarten, sind z.B. die Chemie- und Pharmaindustrie, Papierindustrie, Druckindustrie, Ernährungsindustrie, Verkehr/Logistik und Großhandel/Dienstleistungen.

- **Facharbeiter**

Die meisten Befragten erwarten Schwierigkeiten bei der Fachkräftesicherung im Bereich der Facharbeiter. Als Gründe hierfür werden zum Teil eine nicht ausreichende Qualifikation, die geringe Verfügbarkeit und in Einzelfällen wird auch eine mangelnde Leistungsbereitschaft gemeldet.

Ein spürbarer Facharbeitermangel wird in den Branchen Gebäudetechnik, Sanitär/Heizung/Klima und im Maschinen- und Anlagenbau, in Teilen des Gesundheitssektors und im Fuhrgewerbe erwartet.

Branchen, die teilweise mit Schwierigkeiten bei der Fachkräftesicherung speziell für Facharbeiter rechnen, sind Chemie- und Pharmaindustrie, Druckindustrie, Papierindustrie, Bauindustrie, Gastgewerbe, Metall- und Elektroindustrie, Verkehr und Logistik, Großhandel/Dienstleistungen und Ernährungsindustrie.

- **Hochschulabsolventen**

Die größten Schwierigkeiten bei der zukünftigen Fachkräftesicherung werden bei den Hochqualifizierten, also bei den Hochschulabsolventen erwartet. Das heißt, der Fachkräftemangel bei den Hochqualifizierten ist bereits akut. Das gilt vor allem für den Maschinenbau, die Bauindustrie, das Handwerk im Sektor Sanitär, Heizung und Klima, das Gastgewerbe, die Gebäudetechnik und im Großhandel.

Branchen, die teilweise mit Schwierigkeiten bei der Fachkräftesicherung im Bereich der Hochqualifizierten rechnen, sind Verkehr und Logistik, Elektroindustrie, Papierindustrie, Holz- und Kunststoffindustrie und Chemie-/Pharmaindustrie.

### **Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel**

Bei den Maßnahmen zu Fachkräftesicherung waren Mehrfachnennungen möglich. Danach ergeben sich insgesamt folgende Präferenzen:

1. Ausbildung und Weiterbildung
2. Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
3. Beschäftigung von Älteren

Die Anwerbung ausländischer Fachkräfte wird nur teilweise erwähnt und dürfte damit eine noch untergeordnete Rolle spielen. Vor allem in den Industriebranchen und im Handwerk, wie z.B. im Maschinen- und Anlagenbau, in der Chemie- und Pharmaindustrie, in der Druck- und in der Papierindustrie und in der Metall- und Elektroindustrie, Sanitär/Heizung/Klima spielen Aus- und Weiterbildung eine große

Rolle. Darüber hinaus bieten die Verbände für ihre Mitgliedsunternehmen spezielle Serviceleistungen zur Fachkräftesicherung an. In der Metall- und Elektroindustrie wurde z.B. eine Verbandsdatenbank „Bewerber-Transfer-Manager“ eingeführt. Ein „Info-Mobil“ von Gesamtmetall als Informationsplattform für Berufe aus der Metall- und Elektroindustrie stößt bei Schülern auf großes Interesse. Im Bausektor wurde eine Wassermesse Berlin mit dem Motto „Was(s)erleben“ für Schulklassen durchgeführt.

### **Schlussfolgerungen**

Es mehren sich die Zeichen für eine Verknappung des Fachkräfteangebots. Das beginnt mit rückläufigen Schülerzahlen, was insbesondere in Brandenburg eine Rolle spielt, erstreckt sich dann über eine geringe Verfügbarkeit von Facharbeitern bis hin zum einem sich verstärkenden Bedarf an Hochqualifizierten (z.B. Techniker und Ingenieure). Die Unternehmen haben diesen Trend erkannt und setzen in erster Linie auf Aus- und Weiterbildung. Bei der Rekrutierung sind unternehmenseigene Stellenanzeigen und die der Agentur für Arbeit sowie das Internet offensichtlich die beliebtesten Instrumente.

## **Langfristige Weichenstellungen vornehmen**

Nachdem in den vergangenen Jahren die kurzfristige Krisenbewältigung im Vordergrund stand, rücken nun strukturelle Aspekte in den Mittelpunkt: Berlin und Brandenburg müssen ab 2020 wegen des vollständigen Auslaufens der Solidarpaktmittel mit deutlich weniger Finanzmitteln auskommen. Gleichzeitig tritt die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse in Kraft. Hinzu kommt die Bewältigung der weitreichenden Auswirkungen des demographischen Wandels vor allem in Brandenburg, die ebenso wie die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu den herausragenden Aufgaben zählt. Diese müssen jetzt angegangen werden. Nur so bleiben die beiden Bundesländer handlungsfähig für Investitionen in wirtschaftliche Rahmenbedingungen wie eine bessere Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur und die Ansiedlung von Unternehmen für mehr Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum.

## **5. Wachsenden Fachkräftebedarf langfristig decken**

In den vergangenen 20 Jahren waren die Rahmenbedingungen personalwirtschaftlichen Handelns besonders günstig. Die Unternehmen unserer Region profitieren bis heute von dem qualitativ hohen Niveau des vorhandenen Fachkräfte. Qualifizierte Facharbeiter, Techniker, Meister und Ingenieure in Verbindung mit Einsatzbereitschaft, Betriebsidentifikation und Motivation sind Erfolgsfaktoren in unserer Region.

In den kommenden Jahren wird die Zahl der 18-25-jährigen Fachnachwuchskräfte stark zurückgehen. Gleichzeitig nimmt das Alter der betrieblichen Leistungsträger zu, Wissen und Erfahrungen gehen Betrieben durch Renteneintritte verloren.

Obwohl sich die Folgen des demographischen Wandels erst in den nächsten Jahren deutlicher bemerkbar machen werden, ist für viele Unternehmer der Mangel an gut qualifizierten Arbeitskräften schon heute ein ernstes Thema. Abwanderung, Veralten von Qualifikationen bei Arbeitssuchenden und starke Nachfrage nach Arbeitskräften in den letzten Jahren haben bereits zu dauernden Engpässen bei Ingenieuren und Facharbeitern geführt.

Der Fachkräftebedarf in der Hauptstadtregion lässt sich langfristig nur durch ein Bündel von – aufeinander abgestimmten – Maßnahmen decken. Dazu gehören:

### **5.1. Qualität der Schulbildung verbessern**

Im Zusammenhang mit der Fachkräftesicherung wächst die Bedeutung der Bildungspolitik. Die Fachkräftesicherung wird durch die Schulpolitik, die Quantität und Qualität der Leistungen der Schulabgänger sowie Entwicklungen auf den regionalen Ausbildungsmärkten stärker als bisher verknüpft. Nach wie vor stehen daher Themen wie die Qualität der schulischen Arbeit und ihrer schulpolitischen Rahmenbedingungen, das Übergangssystem sowie die duale Ausbildung im UVB-Fokus.

## 5.2. Berufs- und Studienorientierung stärken, Schwerpunkt auf MINT legen

Nicht zuletzt zur Vermeidung von Ausbildungs- und Studienabbrüchen muss die Berufs- und Studienorientierung verbessert werden. Es ist daher wichtig, dass Verbände und die Kammern den systematischen Ausbau des Dualen Lernens in Berlin beziehungsweise die Umsetzung des Landeskonzeptes zur Studien- und Berufsorientierung in Brandenburg unterstützen. Wir haben hier in Berlin eine Servicestelle bei Partner:Schule-Wirtschaft (P:S-W) angesiedelt und unterstützen aktiv das Netzwerk Zukunft e.V. in Brandenburg. Darüber hinaus bieten die Verbände für ihre Mitgliedsunternehmen spezielle Serviceleistungen zur Fachkräftesicherung an. In der Metall- und Elektroindustrie wurde z.B. eine Verbandsdatenbank „Bewerber-Transfer-Manager“ eingeführt. Ein „Info-Mobil“ von Gesamtmetall als Informationsplattform für Berufe aus der Metall- und Elektroindustrie stößt bei Schülern auf großes Interesse. Im Bausektor wurde eine Wassermesse Berlin mit dem Motto „Was(s)erleben“ für Schulklassen durchgeführt.

Ein Schwerpunkt der Berufs- und Studienorientierung muss in den naturwissenschaftlich-technischen Fächern und Berufen (MINT) liegen. Die UVB und ihre Mitgliedsverbände haben hier eine Reihe von Maßnahmen ergriffen:

- Mit der MINT-Bestandsaufnahme liegen nun Informationen über runde 150 außerschulische Angebote vor. Dieser Katalog wurde an alle Berliner Schulen versandt, mit der Bitte, diese Angebote aktiv für einen attraktiven MINT-Unterricht zu nutzen. Eine ähnliche Aktion ist auch für die Brandenburger Schulen geplant ([www.vme-net.de](http://www.vme-net.de)).
- Mit dem MINT- Netz Berlin-Brandenburg ist der UVB die Bündelung von bislang 30 verschiedenen MINT-Akteuren aus Verbänden, Schulen, Hochschulen, Unternehmen und der Verwaltung gelungen. Ein erstes erfolgreiches Projekt war die Veranstaltung „SpeedMINTing“: 17 Schulen und 40 Unternehmen, Hochschulen und außerschulische MINT- Einrichtungen aus Berlin und Brandenburg erhielten die Möglichkeit, MINT-Aktivitäten miteinander zu vereinbaren. Insgesamt wurden 93 Vereinbarungen mit einem geschätzten Gesamtwert von 290.000 € abgeschlossen ([www.speedminting.de](http://www.speedminting.de)).
- Die UVB fördert das „TU Schulportal“, eine MINT-Informationsplattform für Schüler, Lehrer und Eltern. Bis 2012 wird das Portal hochschulübergreifend ausgebaut.
- Mit dem Programm „MINToring – Studierende begleiten Schüler in ein MINT-Studium“ werden Schülerinnen und Schüler durch Studierende in ein MINT-Studium begleitet. Das Programm wird von der Stiftung der Deutschen Wirtschaft e.V. durchgeführt und aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie finanziert ([www.sdw.org](http://www.sdw.org)).
- Die UVB ist auch aktiv am Verein MINT-EC (Verein mathematisch-naturwissenschaftlicher Excellence-Center an Schulen e.V.) mit seinen insgesamt 132 Schulen beteiligt. MINT-EC mit seinen sieben Gymnasien in Berlin im Rahmen des Masterplans Industriestadt Berlin

eine wichtige Vorbildrolle einnehmen. Auch die neun MINT-EC Schulen in Brandenburg sind sehr aktiv und übernehmen häufig eine Leuchtturmfunktion in ihren regionalen Umfeldern ([www.mint-ec.de](http://www.mint-ec.de)).

### **Kontakte zu Schulen und Hochschulen intensivieren**

Fachkräftesicherung heißt auch, den Kontakt zu Schulen und Hochschulen langfristig aufzubauen und zu halten. Mentorenprogramme und Praktika beispielsweise zeigen Berufsperspektiven auf und binden so frühzeitig Schüler und Studierende an das Unternehmen.

### **5.3. Ausbildungsverbünde stärken**

Die Wirtschaftsstruktur in Berlin und Brandenburg ist stark durch Kleine und Mittelständische Unternehmen geprägt, die häufig keinen vollständigen Ausbildungsgang abbilden können und daher auf die Ausbildung im Verbund angewiesen sind. Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin und das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie in Brandenburg fördern daher die Verbundausbildung. Wichtig ist es, diese Form der Ausbildungsförderung trotz der Sparanstrengungen unbedingt beizubehalten. Die UVB wird daher im Zusammenhang mit der Industriepolitik mit seinen Mitgliedsverbänden insbesondere auf die Möglichkeiten der Verbundausbildung hinweisen und diese noch stärker fördern.

### **5.4. Aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben und Arbeitgeberservice neu ausrichten**

In der aktiven Arbeitsmarktpolitik nimmt die Bedeutung zu, die Betriebe direkt bei der Durchführung der Maßnahmen einzubeziehen. Bei der Berufs- und Studienorientierung und bei der Berufsvorbereitung werden die Anteile größer, die in Betrieben in Form von Praktika absolviert werden können. Die Einstiegsqualifizierung, die in Betrieben stattfindet, führt Jugendliche an eine Ausbildung heran, die noch nicht ausbildungsreif sind. Die Qualifizierung von Arbeitslosen wird verstärkt in Form von „Einzelbetrieblichen Umschulungen“ durchgeführt. Solche Maßnahmen erhöhen die Eingliederungsquoten der Qualifizierten in anschließende Beschäftigung.

Die Zahl der zu besetzenden Stellen, die die Betriebe den Arbeitsagenturen melden, nimmt seit Jahresanfang zu (im Februar 2010 +30,4% gegenüber dem Vorjahr). Deshalb sind verstärkte Anstrengungen der Arbeitsagenturen und der Job Center bei der Besetzung von betrieblichen Arbeitsplätzen erforderlich. Der für beide Einrichtungen zuständige Arbeitgeberservice muss sich intensiv darum bemühen, die Bedarfe der Betriebe genau zu kennen und sie auch für den Einsatz neuer oder bisher nicht genutzter Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu gewinnen. Die Mitarbeiter im Arbeitgeberservice müssen auf die Betriebe zugehen, damit die Stellenprofile genau bekannt werden, auch bisher nicht gemeldete Stellen erfasst und auch die Instrumente besser genutzt werden. Dazu gehören die „Einstiegsqualifizierung Plus“, die „Einzelbetriebliche Umschulung“, aber auch der „Beschäftigungszuschuss“ für einfach qualifizierte Menschen in einfachen Tätigkeiten.

Erforderlich ist dafür eine Neuorganisation des Arbeitgeberservice in Berlin. Es muss für ganz Berlin wieder einen Arbeitgeberservice geben, der nach Branchen und Berufsgruppen orientiert ist, und nicht jeweils unterschiedlich aufgestellte Arbeitgeberservice-Einheiten in den drei Agenturbezirken.

## **5.5. Demografieaktive Personalpolitik**

Durch den demografischen Wandel müssen die Betriebe in Berlin und Brandenburg ihre Personalpolitik neu ausrichten. Hierbei werden sie von der UVB und den Mitgliedsverbänden der UVB unterstützt. Tragende Säulen einer demografieaktiven Personalpolitik sind Ausbildung und Qualifizierung (lebenslanges Lernen), Gesunderhaltung (alternsgerechte Arbeit, betriebliches Gesundheitsmanagement), Wissenstransfer (zwischen Alt und Jung) sowie Mitarbeiterbindung (wie z.B. die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie)

Die UVB ist einer der Träger der Berliner Initiative für Gesunde Arbeit (BIGA). BIGA ist eine Plattform für Non-Profit-Organisationen, die Unterstützungsleistungen für die Unternehmen im Bereich der gesundheitsgerechten Gestaltung von Arbeit sowie der Gesunderhaltung der Mitarbeiter anbieten. Die alternsgerechte Gestaltung von Arbeitsbedingungen nimmt bei BIGA breiten Raum ein. Am 18. April 2011 wird die diesjährige BIGA-Konferenz zum Thema ‚demografischer Wandel‘ im Berliner Rathaus stattfinden.

Im Handlungsfeld Vereinbarkeit von Beruf und Familie führt die UVB regelmäßig Informationsveranstaltungen durch, in denen die teilnehmenden Unternehmen neben best-practice-Beispielen aus anderen Unternehmen mit externen Anbietern zusammentreffen. Zu nennen ist hier beispielsweise die berufundfamilie gGmbH, deren Audit von der UVB aktiv unterstützt wird. Die UVB ist Mitglied im Unternehmensnetzwerk ‚Erfolgsfaktor Familie‘ und Mitunterzeichner der ‚Gemeinsamen Erklärung Erfolgsfaktor Familie‘. Neben den Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Kinderbetreuung wendet sich die UVB verstärkt auch der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Angehörigenpflege zu. Im Juni 2011 wird die UVB eine Fachtagung zu diesem Thema ausrichten.

Aufgabe der Politik ist es demgegenüber, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft dies die Bereitstellung einer verlässlichen Betreuungsinfrastruktur. Hinsichtlich der Kindererziehung gilt dies insbesondere für die qualitative Ausrichtung der Betreuungseinrichtungen sowie die Verbesserung der Betreuungssituation an Tagesrandzeiten sowie im Übergang aus der Kita in die Schule. Im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Angehörigenpflege ist es Aufgabe der Politik, eine verlässliche und bezahlbare Pflegeinfrastruktur zu schaffen sowie Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige bereitzustellen.

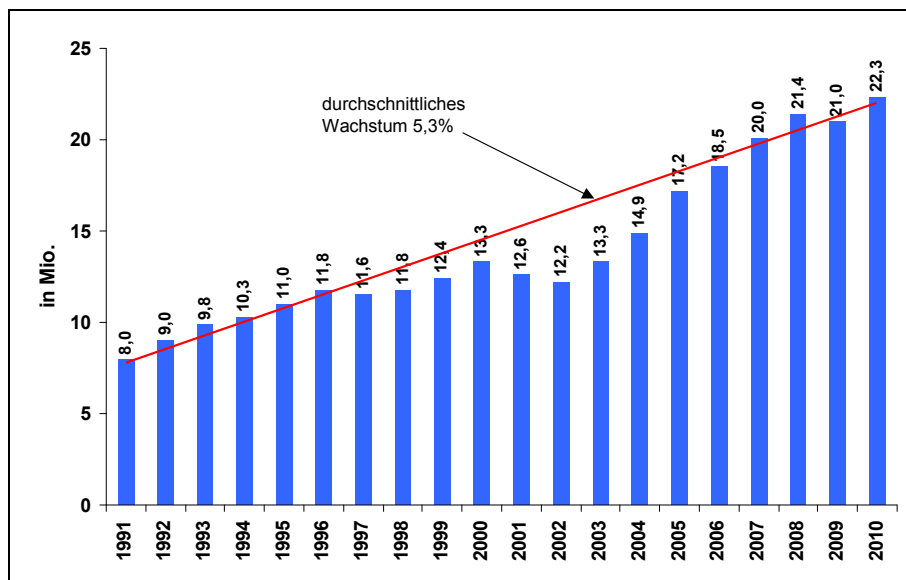
## 6. Chancen der Infrastruktur nutzen

Für wirtschaftliches Wachstum ist eine leistungsfähige Infrastruktur eine notwendige Voraussetzung, denn Wirtschaft braucht Wege. Vor diesem Hintergrund setzt sich die UVB für die Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte in der Region ein. Neben zahlreichen kleineren Infrastrukturprojekten betrifft dies insbesondere den BBI als größtem Infrastrukturprojekt, die Verlängerung der A 100, die Ertüchtigung der Schienenverkehrswege, sowie den Ausbau der Binnenschifffahrtswege.

### 6.1. Flughafen Berlin Brandenburg planmäßig starten

Wichtigstes Infrastrukturprojekt für die gesamte Region ist der Flughafen Berlin Brandenburg, der gebaut worden ist, weil die Kapazitäten auf den bisherigen Flughäfen in der Region nicht ausreichen und Synergieeffekte an einem Standort ermöglicht werden sollen.

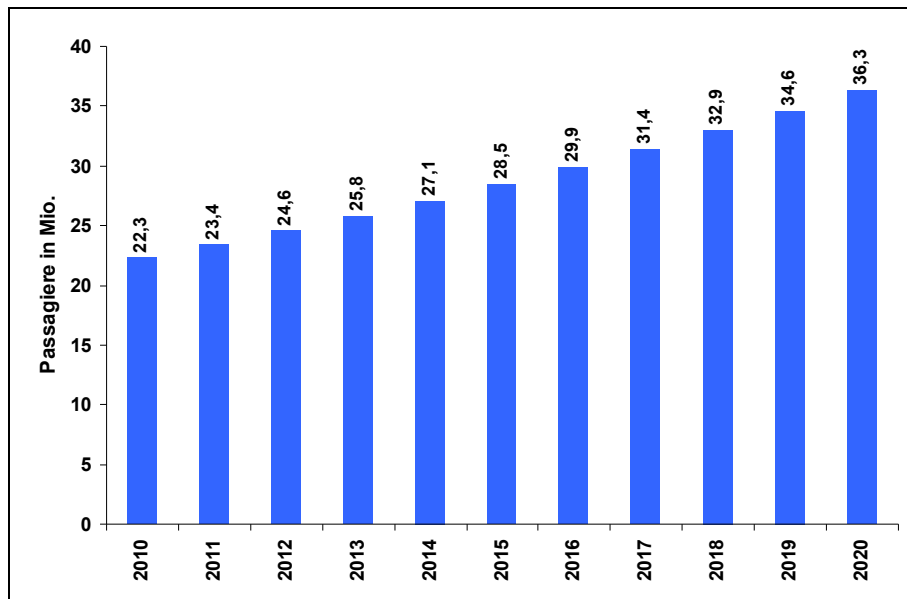
**Abbildung 18: Fluggastentwicklung der Berliner Flughäfen**



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) e.V., UVB

In den vergangenen Jahren sind bereits die Passagierzahlen in den bestehenden Flughafenstrukturen in Berlin deutlich angestiegen. Seit 1991 verzeichnen die Berliner Flughäfen ein durchschnittliches jährliches Wachstum von über 5,3%. Zum achten Mal in Folge haben sich darüber hinaus die Berliner Flughäfen 2010 im Vergleich zu anderen internationalen Verkehrsflughäfen in Deutschland besser als der Markt entwickelt (seit 2002). Legt man weiterhin ein jährliches Wachstum von 5% zu Grunde, werden sich die Fluggastzahlen innerhalb der nächsten 15 Jahre verdoppeln.

**Abbildung 19: Prognose BBI-Passagierentwicklung**



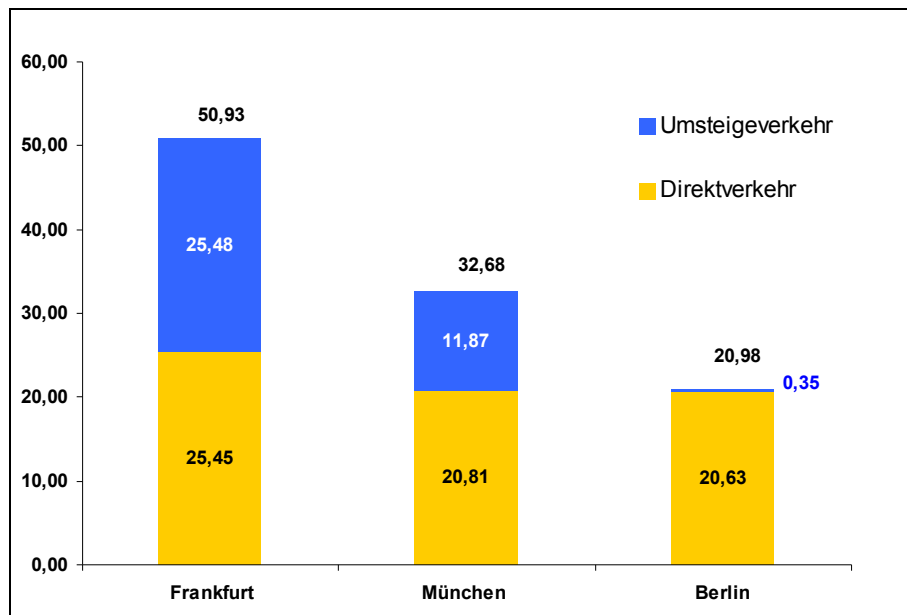
Quelle: Prognose UVB

Damit der Flughafen weiter wachsen kann, muss er so realisiert werden, wie er auch tatsächlich geplant worden ist. Das bedeutet, dass die zwei parallelen Start- und Landebahnen unabhängig voneinander genutzt werden müssen. Nur durch diese Parallelstarts lassen sich die Passagierzahlen von über 22 Mio. Passagieren pro Jahr bewältigen. Ohne sie fällt die maximale Kapazität des BBI hinter die von Tegel und Schönefeld zurück.

Die Nutzung der Tagesrandzeiten ist aus Sicht der UVB ebenfalls für den wirtschaftlichen Betrieb des Flughafens erforderlich. Gegenwärtig gibt es in Schönefeld keine Nachtflugbeschränkungen. Insofern ist bereits das Nachtflugverbot von 0.00 – 5.00 Uhr eine wesentliche Beschränkung. Eine weitere Ausdehnung hätte Auswirkungen auf die Umlaufplanung der Fluggesellschaften, denn viele Destinationen wie in Südeuropa (Balearen oder Kanaren) könnten dann nicht mehr drei- bzw. zweimal pro Tag angefliegen werden. Eine Beschneidung der Tagesrandzeiten hat also gravierende wirtschaftliche und verkehrliche Auswirkungen und würde zu Verlagerungen von Flugverbindungen hin zu anderen Wettbewerbern führen.

Beim Direktverkehr liegt Berlin mit München fast auf Augenhöhe. Im Jahr 2009 waren das in München 20,8 Millionen und in Berlin 20,6 Millionen Passagiere. Dagegen hatte Berlin 2009 gerade einmal 350.000 Passagiere bei den Umsteigeverkehren, München aber 11,87 Millionen. Dies verdeutlicht das enorme Wachstumspotential Berlins im Bereich der Umsteigeverkehre. München und Frankfurt sind bereits jetzt schon Drehkreuze. In Berlin muss sich dagegen ein Drehkreuz erst noch entwickeln.

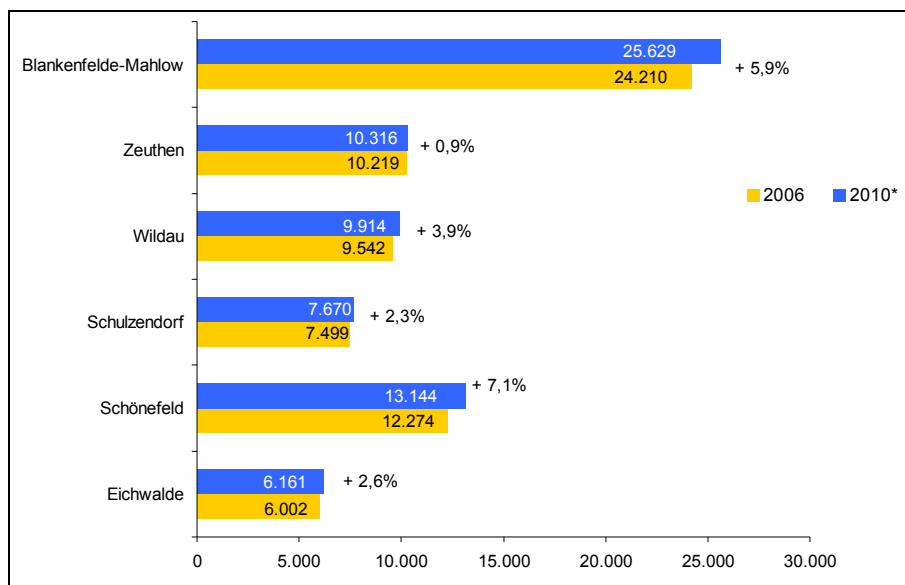
**Abbildung 20: Umsteige- und Direktverkehr in Berlin**



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) e.V., UVB

Die Entscheidung für den BBI war immer eine Entscheidung für weniger Fluglärm. Denn mit der Konzentration des Flugverkehrs auf einen Flughafen werden über 150.000 Anwohner der Flughäfen Tegel und Tempelhof in Pankow, Reinickendorf, Spandau etc. komplett von Fluglärm entlastet werden.

**Abbildung 21: Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Gemeinden**



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Währenddessen nimmt die Bevölkerung in den Anrainergemeinden um den Flughafen BBI seit 2006 zu. Dabei handelt es sich um ausgewählte Gemeinden, bei denen bis zur Flugroutendiskussion feststand, dass sie Lärmhauptbetroffene sind. Dieser Bevölkerungszuwachs vollzieht in einem Umfeld, welches insgesamt von einem Bevölkerungsrückgang betroffen ist. Diese Entwicklung legt nahe, dass in Teilen die Fluglärmbelastung in diesen Gemeinden nicht so als gravierend empfunden wird, wie dies die Diskussion vermuten lässt.

Die UVB erwartet von der Politik – insbesondere von den Landesregierungen und den Regierungsparteien in Berlin und Brandenburg – den Flughafen entsprechend den Planungen umzusetzen. Deshalb hat die UVB zusammen mit den Kammern aus der Region eine Resolution der Wirtschaft „Leistungsfähiger Flughafen Berlin Brandenburg für eine leistungsfähige Hauptstadtregion“ an all politischen Akteure gerichtet. Wir fordern darin ein unmissverständliches Bekenntnis „ohne Wenn und Aber“ zum Flughafen BBI. Das ist auch eine Frage der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit von politischen Entscheidungen. Wir als Wirtschaft benötigen ein klares Bekenntnis zum Flughafen im Sinne einer Investitionsfreundlichkeit und Investitionsverlässlichkeit.

## **6.2. Ausbau der Bundesautobahn A100**

Nach Auffassung der UVB ist die A 100 aus ökonomischen und ökologischen Gründen unverzichtbar. Mit der A 100 werden Gewerbegebiete im Ostteil besser angeschlossen, die Anbindung an den BBI verbessert und die Anwohner durch eine Bündelung des Verkehrs von bisher bestehenden Durchgangsverkehr entlastet. Da die Baukosten für den ersten Teilabschnitt von AD Neukölln – Treptower Park (3,2 km) in Höhe von 420 Mio. durch Bundesmittel finanziert werden, kommt dies einem kleinen „Konjunkturprogramm“ für Berlin gleich. Den Planfeststellungsbeschluss des Senats begrüßt die UVB, weil damit mit dem Bau begonnen werden kann. Vor diesem Hintergrund führt der Kompromiss des Senats, in dieser Legislaturperiode damit nicht zu beginnen, zu einer unnötigen Verzögerung des Projektes. Wertvolle Zeit wird bei der Realisierung vertan.

## **6.3. In Binnenwasserstraßen investieren**

Das Bundesverkehrsministerium (BMVBS) plant umfassende Veränderungen bei der Ausbauplanung der Binnenschiffahrtstraßen. Zukünftig sollen die Investitionsmittel auf Wasserstraßen konzentriert werden, die in der Vergangenheit ein hohes Verkehrsaufkommen aufwiesen. Dies betrifft insbesondere die Wasserwege in den alten Bundesländern (Rhein, Main und Mittellandkanal). Die Wasserwege östlich von Magdeburg sollen dagegen mit der Begründung eines unzureichenden Verkehrs nicht vorrangig weiter ausgebaut werden.

Diese Begründung ist aus Sicht der UVB nicht nachvollziehbar. Das Verkehrsaufkommen in den letzten Jahren ist deswegen hinter den Erwartungen zurückgeblieben, weil der Ausbau der Wasserwege seit zwei Jahrzehnten immer wieder verzögert worden ist. Großvolumige Schubverbände können die Wasserwege daher nicht durchgängig befahren und der Transport über den Wasserweg ist unwirtschaftlich. Ursächlich für die stagnierende Nutzung der Wasserwege ist also der schlechte Ausbauzustand des Wasserstraßennetzes und nicht eine mangelnde Bereitschaft zu Nutzung der Wasserwege. Im Ergebnis werden bestehende Standortnachteile in den Neuen Bundesländern dauerhaft verfestigt. Eine Streichung der Investitionsmittel würde einen Verzicht auf wirtschaftliche Entwicklungschancen in der Region bedeuten. Denn letztlich kann die verkehrs- und umweltpolitisch angestrebte Verlagerung von Transporten auf die umweltfreundliche Wasserstraße nur dann gelingen, wenn die dafür erforderliche Infrastruktur leistungsfähig ausgebaut wird

#### **6.4. Kommunale Infrastruktur preisgünstig und wettbewerbsfähig anbieten**

Nachdem in den 90er Jahren die Liberalisierung von Bereichen erfolgte, die traditionell der sogenannten öffentlichen Daseinsvorsorge zugerechnet wurden, ist in den letzten Jahren verstärkt wieder ein Trend zur Rekommunalisierung zu beobachten. Gegenwärtig wird auch in Berlin und Brandenburg eine Auseinandersetzung über die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen und öffentlichen Unternehmen geführt.

In Brandenburg wird derzeit das „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge“ erarbeitet und diskutiert, mit welchem die bestehende Kommunalverfassung des Landes Brandenburg geändert werden soll. Grundsätzlich ist im Gesetzentwurf ein Paradigmenwechsel hin zu einer Bevorzugung kommunaler Unternehmen unübersehbar. Dies wird besonders im neu gefassten §91 Abs.3 des Gesetzentwurfes deutlich, der im Ergebnis eine Abkehr vom bewährten Subsidiaritätsprinzip vorsieht. Bisher waren Leistungen privaten Anbietern dann zu übertragen, wenn sie Leistungen ebenso gut und wirtschaftlich erbringen konnten. Damit wurde ein Vorrang der Privaten gegenüber einem Zugriff der Gemeinde festgelegt. Dieser Grundsatz soll jetzt umgekehrt werden. Zukünftig müssten nun private Anbieter den Nachweis erbringen, dass sie die Leistungen wirtschaftlicher erbringen als die „Wettbewerber“ in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft.

Im Kern wird die ungehinderte wirtschaftliche Aktivität von kommunalen Unternehmen und deren Expansion über kommunale Grenzen hinweg ermöglicht. Nach Auffassung der UVB kann die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge über die Gebietskörperschaftsgrenzen in ländlichen Gebieten durchaus sinnvoll sein. Ein Beispiel hierfür sind Krankenhäuser, die eine gesundheitliche Versorgung mehrerer Kommunen sicherstellen. Dennoch muss dies im Rahmen von Ausnahmeregelungen kontrolliert erfolgen. Insgesamt muss daher der Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung aus Sicht der UVB grundlegend überarbeitet werden.

In Berlin werden aktuell mögliche Optionen des Rückkaufs bzw. Übernahme von Netzen mehrerer Einrichtungen diskutiert. Dies betrifft neben der S-Bahn, der Übernahme von Energieversorgungsnetzen und dem Aufbau eigener Energievertriebsgesellschaften insbesondere den Rückkauf der privaten Anteile der Berliner Wasserbetriebe.

## Berliner Wasserbetriebe

Bei den Wasserpreisen nimmt Berlin im Vergleich der deutschen Großstädte eine Spitzenposition ein. Deswegen fordert die UVB seit Jahren die Senkung der Wasserpreise, denn die Wasserpreise in Berlin sind gegenwärtig nicht wettbewerbsfähig.

Für die Bewertung eines Rückkaufes der Berliner Wasserbetriebe durch den Senat ist es daher nach Auffassung der UVB entscheidend, ob durch diesen Schritt eine nachhaltige Senkung der Wasserpreise zu erwarten wäre. Die UVB hat daher exemplarisch untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen Eigentümerstruktur und Wasserpreishöhe gibt. In der nachfolgenden Tabelle sind Eigentümerstruktur und Wasserpreishöhe ausgewählter deutscher Städte gegenübergestellt. Sie macht deutlich, dass es keine Korrelation zwischen Wasserpreis und Trägerschaft gibt.

**Abbildung 22: Wasserpreisvergleich in Abhängigkeit zur Trägerschaft**

| <b>Wasserpreisvergleich abhängig zur Trägerschaft</b> |                       |  |   |
|---|-----------------------|--|---|
| <b>Stadt/Land</b>                                     | <b>Preis (brutto)</b> | <b>Eigentümerstruktur</b>                  | <b>Unternehmen</b>                        |
| Halle an der Saale                                    | 5,98 €                | öffentlich (100% Stadt Halle/S.)           | Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH |
| Potsdam   | 5,97 €                | öffentlich (100% Landeshauptstadt Potsdam) | Stadtwerke Potsdam                        |
| <b>Berlin</b>   | <b>5,12 €</b>         | <b>teilprivatisiert</b>                    | <b>Berliner Wasserbetriebe</b>            |
| Rostock   | 4,84 €                | 100 % privatisiert (SUEZ ENVIRONNEMENT)    | Eurawasser Nord GmbH                      |
| Bremen  | 4,85 €                | teilprivatisiert                           | Hanse Wasser                              |
| Erfurt  | 4,13 €                | öffentlich (100% Landeshauptstadt Erfurt)  | Stadtwerke Erfurt GmbH                    |
| Schwerin  | 4,32 €                | teilprivatisiert (49% Eurawasser)          | WAG mbH Schwerin                          |
| Hamburg   | 4,29 €                | öffentlich (100% Hansestadt Hamburg)       | Hamburg Wasser                            |
| München   | 3,14 €                | öffentlich (100% Landeshauptstadt München) | Stadtwerke M. (SWM GmbH)                  |
| Köln  | 3,04 €                | teilprivatisiert (80% Stadt Köln)          | RheinEnergie AG                           |
| Frankfurt am Main                                     | 3,77 €                | teilprivatisiert (75% Stadt Frankfurt/M.)  | Mainova AG                                |

*Tabelle: Korrelation von Preis und Eigentumsverhältnissen; Quelle: UVB-Recherche*

So befinden sich beispielsweise die Stadtwerke München ebenso in öffentlich-rechtlicher Eigentümerschaft wie die Stadtwerke Potsdam. Dennoch sind die Wasserpreise in Potsdam fast doppelt so hoch wie die in München. Auch die Preise in Berlin und Köln liegen weit auseinander, obwohl beide Wasserversorger teilprivatisiert sind. Das zeigt, dass es keinen empirisch-belegbaren Zusammenhang zwischen Eigentümerschaft und Wasserpreishöhe gibt. Der Rückkauf der Wasserbetriebe und der Wechsel der Eigentümerstruktur ist also kein Garant für niedrigere Wasserpreise.

Die derzeitige Situation des Berliner Haushalts lässt zudem keinen Rückkauf zu. Das Land ist mit 63 Mrd. Euro hoch verschuldet und muss jährliche Zinszahlungen von 2,4 Mrd. Euro aufbringen. Sollte sich das Land für einen Rückkauf der privaten Anteile weiter verschulden, würden die Dividenden aus den Wasserbetrieben zur

Refinanzierung des Kaufpreises und ggfs. zur Finanzierung des Gesamthaushaltes eingesetzt. Insofern sind bei einem Rückkauf der Anteile keine durchgreifenden Preissenkungen zu erwarten. Aus Sicht der UVB ist daher nicht erkennbar, welchen Nutzen der Rückkauf der Wasserbetriebe für Verbraucher und Industrie hat.

Ginge es dem Senat tatsächlich um die zu hohen Wasserpreise und um die Entlastung der Verbraucher, könnte er sofort das seit 1992 bestehende Grundwasserentnahmeentgelt (GWEE) abschaffen. Das GWEE wurde 1992 mit dem Ziel eingeführt, den Wasserverbrauch in der Stadt zu senken. Mittlerweile ist der Wasserverbrauch so gering, dass das Grundwasser kontinuierlich steigt. Dennoch möchte der Senat auf die Einnahmen aus dem GWEE von jährlich 50-60 Mio. Euro nicht verzichten. Aus UVB-Sicht sollte aber alles, was zu einer Senkung der hohen Wasserpreise führen kann, unternommen werden.

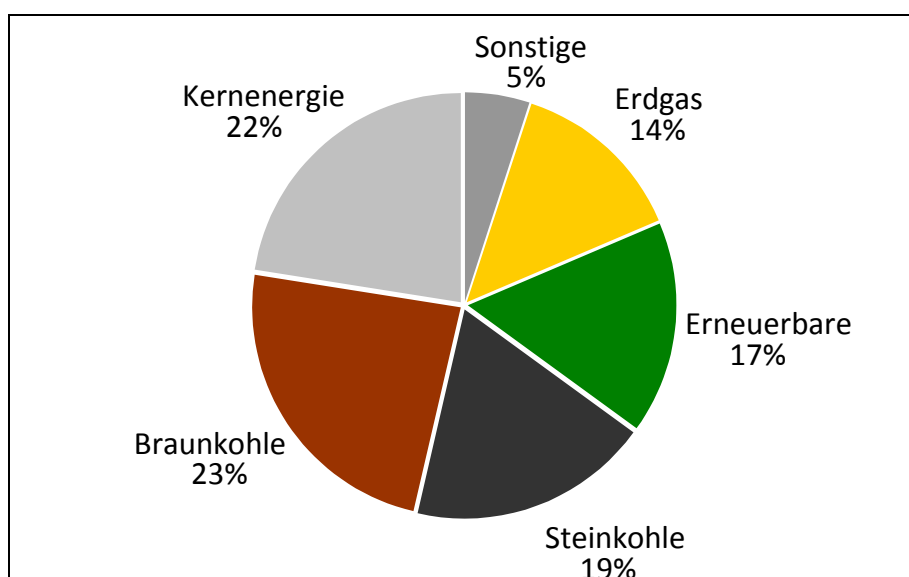
## 7. Energieversorgung langfristig sichern

Der weltweite Energiebedarf wird vor dem Hintergrund einer steigenden Weltbevölkerung und dem Streben nach mehr Wohlstand in den Entwicklungs- und Schwellenländern weiter ansteigen. Die UVB sieht in dieser Entwicklung eine Chance für zahlreiche Unternehmen der Hauptstadtregion. Profitieren können zum einen Unternehmen aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien und zum anderen Unternehmen der fossilen Energietechnik, weil im Bereich der Energieeffizienz die größten Einsparungspotentiale liegen.

So wird in den Schwellenländern China und Indien in den nächsten Jahren der Einsatz von Kohle zur Gewinnung von Energie weiter zunehmen. Daher liegt in der Entwicklung energieeffizienter Kohlekraftwerkstechnologie unter Einbeziehung der CCS-Technologie – international gesehen – eine große Chance. Gerade in diesem Bereich ist die Region mit Unternehmen wie Siemens Power Generation und MAN TURBO aber auch mittelständischen Zulieferunternehmen wie KST gut aufgestellt. Aber auch im Bereich der Erneuerbaren Energien – wie Photovoltaik und Windenergie – hat die Region in den letzten Jahren viele Ansiedlungserfolge verbuchen können.

Die UVB setzt sich daher weiterhin für einen Energiemix aus Erneuerbaren Energien und Braunkohleverstromung ein. Auf lange Sicht bleibt die Braunkohle ein Eckpfeiler der sicheren Energieversorgung. Insbesondere als heimischer und subventionsfreier Energieträger ist und bleibt sie für Brandenburg beschäftigungspolitisch und wirtschaftlich von großer Bedeutung. Insgesamt finden über 20.000 Menschen direkt oder indirekt durch die Braunkohleförderung und deren Verstromung im Energieexportland Brandenburg Beschäftigung. Darüber hinaus stehen wir gegenwärtig vor einer neuen und offenen Energiedebatte, in welcher es auch um eine Neubewertung fossiler Brennstoffe gehen wird.

**Abbildung 23: Struktur der Stromerzeugung**



Quelle: AG Energiebilanzen e.V.

Allerdings macht die weitere Nutzung von Braunkohle eine schnelle Schaffung der Voraussetzungen für einen Einsatz der CCS-Anwendungen erforderlich. Hier fordern wir die rasche 1:1 Umsetzung der EU-CCS-Richtlinie in deutsches Recht. Es geht in einer ersten Stufe dabei nicht um einen großflächigen Einsatz von CCS, sondern darum, die Machbarkeit zu untersuchen und die Voraussetzungen für CCS im Industriemaßstab zu schaffen. Dafür muss die Bundesregierung jetzt dringend die notwendigen Voraussetzungen mit einem CCS-Gesetz schaffen.

Bei den Erneuerbaren Energien zählt Brandenburg zu den innovativsten Standorten in Deutschland. Nach 2008 ist Brandenburg 2010 erneut mit dem „Leitstern 2010“ als „Bestes Bundesland Erneuerbare Energien“ ausgezeichnet worden. Damit werden die seit Jahren andauernden Bemühungen gewürdigt, mit dem erfolgreichen Einsatz Erneuerbarer Energien und ambitionierter Technologie- und Wirtschaftspolitik eine nachhaltige Energieversorgung auf den Weg zu bringen. Der Ausbau Erneuerbarer Energien bringt zahlreiche Standortvorteile mit sich: Die Ansiedlung zukunftssträchtiger Unternehmen und damit verbunden die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sowie die Entwicklung von neuen Technologien und Know-How.

Der verstärkte Rückgriff auf die Erneuerbaren Energien macht einen Netzausbau dringend erforderlich. Dies betrifft auch Stromtransitländer wie Brandenburg, welche den Strom von der Küste Richtung Süddeutschland durchleiten müssen. Die Kosten für den Ausbau der Netze werden allerdings regional umgelegt. Das bedeutet, dass die ohnehin schon hohen Netzkosten in Brandenburg im Zuge eines Ausbaus noch einmal steigen werden. Deshalb fordert die UVB eine Lösung, bei welcher die Netzausbaukosten über einen Verteilerschlüssel (z.B. Königssteiner Schlüssel) auf alle Nutzer umgelegt werden.

## **8. Finanziellen Handlungsspielraum sicherstellen**

Um zukünftigen Generationen die finanziellen Gestaltungsspielräume in Berlin und Brandenburg zu erhalten, müssen die Herausforderungen der demografischen Entwicklung und der Verschuldung der öffentlichen Haushalte in der Region in Angriff genommen werden. Die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB) hat daher ein Gutachten beim Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) in Auftrag gegeben, welches die Demografie und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte in Berlin und Brandenburg bis 2030 untersucht.

### **8.1. Haushaltssituation in Berlin: Nettoneuverschuldung zurückführen**

Die finanzielle Situation Berlins war bereits vor dem Eintreten der Krise strukturell begründet sehr angespannt. Auch nach der Krise besteht eine der großen Herausforderungen in der Konsolidierung des Berliner Haushaltes. Ein markantes Beispiel für die schwierige Lage ist die hohe jährliche Neuverschuldung. Trotz der positiven konjunkturellen Entwicklung seit der Krise, betrug die Nettokreditaufnahme 2010 immer noch 1,4 Mrd. Euro. Immerhin konnte die in der mittelfristigen Finanzplanung 2010-2014 für Berlin geplante Neuverschuldung von 2,8 Mrd. Euro mit Hilfe des konjunkturellen Aufschwungs auf 1,4 Mrd. Euro halbiert werden.

Damit schloss der Berliner Landeshaushalt 2010 bei einem Gesamtvolumen von 22 Mrd. Euro mit einem Finanzierungsdefizit von -1,4 Mrd. Euro marginal besser ab, als in der mittelfristigen Finanzplanung 2010-2014 veranschlagt war. Für das Jahr 2011 wird ebenfalls mit einem Gesamtvolumen von 22 Mrd. Euro ein Finanzierungsdefizit von -2,7 Mrd. Euro erwartet.

Neben den bestehenden Altlasten sind es vor allem die auflaufenden Zinsen, die den finanziellen Handlungsspielraum stark einengen. Das IW-Gutachten bestätigt, dass für jede Milliarde Euro, die heute in Berlin getilgt wird, eine Entlastung bei den Zinszahlungen von rund 1,2 Milliarden Euro bis 2030 entsteht. Ein frühzeitiger Beginn der Entschuldung würde daher langfristig eine größere Entlastung aufgrund von Zweitrundeneffekten bewirken.

Daher fordert die UVB ein Ende der Nettoneuverschuldung bereits zum Ende der kommenden Legislaturperiode im Jahr 2016. In der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung ist der ausgeglichene Haushalt und der Beginn der Schuldenrückführung gemäß den Bestimmungen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ab 2020 vorgesehen. Angesichts der aktuellen positiven konjunkturellen Entwicklung und des derzeit historisch niedrigen Zinsniveaus ist das ambitionierte Ziel, die Neuverschuldung bereits 2016 zu beenden, durchaus erreichbar.

Dennoch bleibt diese Herausforderung groß, da parallel dazu die Finanzmittel aus dem Solidarpakt II kontinuierlich bis 2019 zurückgehen.

Nach Angaben der Senatsverwaltung für Finanzen könnte die Verschuldung Berlins von aktuell 66,0 Mrd. Euro auf 69,9 Mrd. Euro im Jahr 2013 steigen. Dieser Schuldenstand und die damit einhergehenden Zinsbelastungen werden die notwendigen Handlungsspielräume weiter einengen.

Der finanzpolitische Hebel liegt aus Sicht der UVB in der Stärkung der wirtschaftlichen Prosperität. Berlin braucht eine nachhaltige, innovationsfördernde und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Ein höherer Wachstumspfad erhöht die Einnahmen und entlastet damit gleichzeitig die Ausgabenseite.

Die Erhöhung von Steuern und Abgaben stellt jedenfalls keine sinnvolle Handlungsoption dar. Diskussionen über die Erhöhung der Gewerbesteuer und eine „City Tax“ sind kontraproduktiv und bremsen das Wirtschaftswachstum in der Industrie und im Tourismus.

## **8.2. Haushaltsplan Brandenburg - Neuverschuldung zurückführen**

Im Rahmen der gesetzlich verankerten Schuldenbremse ab 2020 ist natürlich auch Brandenburg gefordert, seinen Haushalt auszugleichen und mit der Schuldenrückführung zu beginnen. Wesentlicher Inhalt der mittelfristigen Finanzplanung ist daher, die Nettokreditaufnahme ab 2011 kontinuierlich um rund 150 Millionen Euro jährlich zu reduzieren, um 2014 gänzlich auf neue Kredite verzichten zu können. Im Zeitraum 2010 – 2014 sollen die Gesamtausgaben von rund 10,5 Mrd. Euro auf 9,5 Mrd. Euro abgesenkt werden. Für die Jahre 2011 und 2012 wird dabei mit Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich von rund 10,1 Mrd. € und 9,7 Mrd. € gerechnet.

Es ist richtig, der Begrenzung der Ausgaben eine höhere Priorität einzuräumen, denn auch die Einnahmen werden weniger. Nach einer IW-Studie „Berlin und Brandenburg: Demografie und öffentliche Haushalte bis 2030“ wird die Bevölkerung in Brandenburg bei starken regionalen Unterschieden um durchschnittlich 11,2% sinken (z.B. Eisenhüttenstadt -40%, Gemeinde Schönefeld +60%, an den Landesgrenzen bis zu -20%, Cottbus um -16%). Dies führt dazu, dass Fixkosten (Remanenzkosten) zukünftig von weniger Einwohnern getragen werden müssen und die Pro-Kopf-Verschuldung weiter ansteigt.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Verschuldung des Landes von rund 18,9 Mrd. Euro im Jahr 2010 bis 2012 auf 19,9 Mrd. Euro steigen wird. Da jedoch auch steigende Steuereinnahmen bis 2012 zu erwarten sind, wird die Zinssteuerquote von 15,6% im Jahr 2010 auf 14,6% im Jahr 2012 leicht fallen. Das bedeutet dennoch, dass mehr als jeder sechste Euro, den das Land als Steuereinnahmen erzielt, zur Finanzierung der Kapitalmarktverpflichtungen des Landes eingesetzt werden muss und damit nicht mehr zur politischen Gestaltung zur Verfügung steht.

Die Investitionsquote (Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben) ist 2010 mit 17,5% gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Laut der mittelfristigen Finanzplanung werden die Investitionsausgaben schrittweise sinken. Dies liegt unter anderem auch an den sinkenden Einnahmen aufgrund der negativen Bevölkerungsentwicklung.

### 8.3. Europäische Strukturfonds wichtig für Region

Von besonderer Bedeutung für die neuen Bundesländer sind neben den Zuwendungen aus dem Solidarpakt II die Förderungen aus den Europäischen Strukturfonds wie dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

Die Kommission und Mitgliedstaaten haben bereits zur laufenden Förderperiode die Diskussion über die Zukunft der EU-Strukturfonds für die Periode ab 2014 aufgenommen. Das bedeutet: Die Weichen für die europäische Struktur- und Kohäsionspolitik ab 2014 bis 2020 werden in Brüssel in diesem Jahr gestellt. Somit müssen die Länder Berlin und Brandenburg sich frühzeitig um eine Anschlussregelung nach 2013 kümmern.

Die Berliner und Brandenburger Wirtschafts- und Sozialpartner sowie BDA und BDI haben zu den Schlussfolgerungen aus dem „Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik“ jeweils gesondert Stellung genommen. Aus Sicht der UVB ergeben sich aus diesen Stellungnahmen folgende wichtige Schlussfolgerungen:

- Als unverzichtbaren Bestandteil einer integrierten Kohäsionspolitik sieht die UVB beispielsweise die Fortführung der Zuwendungen aus ESF und EFRE und die Erweiterung der Kriterien für die Förderwürdigkeit. Zudem müssen grenzüberschreitende Perspektiven ausgebaut und die städtische Dimension gestärkt werden. Auch die aktive Gestaltung des demografischen Wandels ist geboten im Sinne einer Abmilderung der Folgen des Bevölkerungsrückganges, der Abwanderung oder Überalterung. Eine weitere Forderung besteht darin, die aktuellen Fördermittel nicht unter ein sinnvolles Maß abzusenken, sondern nach Möglichkeit in bisheriger Höhe beizubehalten.
- Die UVB begrüßt zudem die enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsressorts der Länder Berlin und Brandenburg auf europäischer Ebene. Integrierte Entwicklungs- und Verflechtungsstrategien, ein integrierter Ansatz aller Fonds mit strukturpolitischer Ausrichtung in der Regionalpolitik müssen weiterhin als ein Instrument zur Stärkung europäischer Solidarität und des Zusammenhalts erhalten bleiben. Unter anderem erschließen sich damit für Berlin und Brandenburg neue Chancen, sich im Wettbewerb für nachhaltige und Ressourcen schonende Technologien zu behaupten.